



aktuell

Monatszeitschrift des OGB•L - September 2002 - N°9

Mobilisatioun:
Méi Rechter fir
d'Personal-
delegéierten!

Sozialrentrée :
Von Arbeitslosigkeit
bis Zukunftsdebatte

Seite 6



Nationalvorstand:
2. Mobilisierungskampagne gestartet

Sommaire

Inhalt

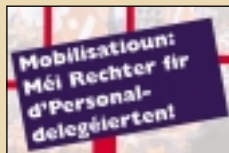
4



Editorial

Sozialrentée :
2. Mobilisierungskampagne gestartet

8



Mobilisatioun

Méi Rechter fir d'Personaldelegéierten!

10



Mobilisons-nous

pour renforcer les droits
des délégués du personnel

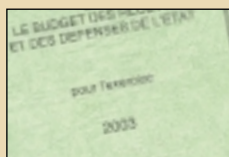
13



Rentrée scolaire

Les grands travaux restent à faire

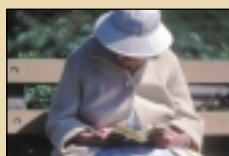
14



Staatshaushalt 2003

"Eng plutôt richtig Politik..."

16



Pensionen

... die Ratten kommen aus den Löchern

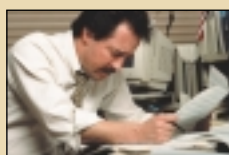
18



Activités internationales

Sommet Mondial sur le développement durable

20



Stress op der Aarbecht, Berodungsstell

RENTREE

...SOZIAL

MACHIN Sarl



ENTREE FIR PERSONALVERTRIEDER



ECOLE

AN DER SCHOUL: PISA+1

WAT STEET DO GESCHRIWVEN?



'REFORMHAUS'

HUDD DIR KENG SCHOULREFORM?



AN DER POLITIK: ENG ZUKUNFTS- VISIOUN:

PASST OP, MIR KOMMEN AN DE ROUDE BERÄICH! NET DASS SE EIS KREPEÏERT!

SUZIAL- LEESCHTUNGEN

SCHNEIDER



Sozialrentrée 2. Mobilisierungskampagne gestartet

Traditionsgemäss hat der OGB♦L als erste Gewerkschaft die Sozialrentrée eingeläutet. Der Nationalvorstand tagte am 9. September, um in einem Rückblick die Erfolge der Mobilisierungskampagne zugunsten einer "gerechten Umverteilung" zu bestätigen. Er machte aber auch eine Bestandsaufnahme der aktuellen Probleme und Fragen und legte die Prioritäten und Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Aktionen in den kommenden Monaten fest. Dabei standen neuen Themenbereiche, welche die Arbeitnehmer und ihre Familien direkt oder indirekt betreffen zur Debatte.

Kompliziertes Umfeld

Natürlich weiß der OGB♦L, dass sich seine gewerkschaftliche Arbeit und Aktion nicht in einem luftleeren Raum abspielt. Wir sind uns des nationalen, europäischen und internationalen Umfeldes durchaus bewusst. Die Welt ist politisch, wirtschaftlich und sozial komplizierter denn je. Der Gipfel über die Nachhaltigkeit in Südafrika hat einmal mehr bestätigt, in welcher Armut die Masse der Menschen ums nackte Überleben kämpft. Er hat gleichzeitig die vielen Risiken hervor gestrichen, denen wir in der sogenannten hochindustrialisierten Wohlstandsgesellschaft ausgesetzt sind. Ob sich das Erwachen und das unbedingt notwendige politische und wirtschaftliche Handeln nun einsetzen, darf weiterhin bezweifelt werden. Die Prioritäten der größten Wirtschaftsmacht der Welt, der USA, liegen eindeutig und im Namen der Terroris-

musbekämpfung in einem möglichen Kriegsschlag gegen den Irak. Die menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen eines solchen Krieges sind kaum einschätzbar, außer dass man von einer weiteren Katastrophe reden könnte. Dabei gibt es sicherlich andere Methoden und Prioritäten, wie sie in Südafrika angesprochen oder zurückbehalten wurden und die auf einer gerechten Umverteilungspolitik und einer gezielten Umweltstrategie basieren.

Seit einigen Tagen entwickeln sich die Börse und die Finanzmärkte wieder positiv, allerdings fast ausschließlich was die Aktien der Rüstungsindustrie anbelangt und im Hinblick auf einen möglichen Krieg im Irak, der Situation im Afghanistan oder den Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis. Schlimme Welt! Vergessen sind schon fast die betrügerischen Bankrotte großer US-Firmen, durch die Zehntausende Arbeitnehmer ihre Arbeit, ihren Lohn und ihre Pensionsrechte verloren haben!

Für die Zukunft kämpfen

Über diese Einschätzung hinaus, hat sich der OGB♦L vorrangig mit der Zukunftsgestaltung des Landes in allen Bereichen befasst, dies auch im Umfeld der politischen und sozialpolitischen Debatte innerhalb der Europäischen Union im Hinblick auf ihre Erweiterung. Wir sind überzeugte Europäer, aber nicht in dem Ausmaß, dass wir jeder Argu-



John Castegnaro
Präsident

mentation der politisch Verantwortlichen oder Bürokraten in Brüssel nachgeben würden. Luxemburg hat seine Eigenarten und seine soziale Kultur. Die heißt es abzusichern und, den durchaus gesunden finanziellen Kapazitäten des Landes entsprechend, zu konsolidieren und auszubauen. Vor allem lehnen wir britische Zustände ab. Der OGB♦L fordert, dass der großzügige finanzielle Spielraum gezielt und prioritätengerecht eingesetzt wird. Dies gilt für all die wichtigen Bereiche, welche die Lebensqualität aller Menschen im Lande bestimmen: ob alt oder jung, ob arbeitslos oder im Arbeitsprozess. Soll Luxemburg auch in Zukunft ein Land mit einer hohen Beschäftigungsquote bleiben und auch die Vollbeschäftigung möglich bleiben, muss die "Zukunftsdebatte" endlich geführt werden und muss die Bildungsoffensive endlich konkrete Inhalte bekommen. Dazu gehört auch, dass die Organisation des Gesundheitswesens überprüft und das Sozialwesen kontinuierlich ausgebaut und verbessert werden. In diesem Zusammenhang ist die Situation um das noch immer nicht gebaute Rehaszentrum als skandalös zu bezeichnen, genauso wie die Tatsache, dass Alters- und Pflegebetten, Kindertagesstätten und Wohnungen in Luxemburg Mangelware sind.

Mehr Demokratie am Arbeitsplatz

Als eine sozialpolitische Priorität hat der OGB♦L die Modernisierung wichtiger Geset-

ze eingestuft. Sie müssen insgesamt die Arbeitsplätze absichern, die Lebensqualität am Arbeitsplatz verbessern und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Resultat des Unternehmens gerechter gestalten. Moderne Gesetze, gute Kollektivverträge, die besten Personalvertreter im Verbund mit einer starken Gewerkschaft, sind dabei ausschlaggebend. Darum fordert der OGB♦L seit Jahren präzise Reformen. Darum auch die große Ungeduld. Knapp ein Jahr vor den Sozialwahlen und 21 Monate vor den Parlamentswahlen bleibt Wesentliches zu tun. Luxemburg hinkt, was moderne arbeitsrechtliche Gesetze anbelangt, allen Ländern hinterher. Also kann das endlose Hinausschieben keine Frage einer verschlechterten Konkurrenzfähigkeit sein, noch ist sie eine Frage der Finanzierung, denn die von uns geforderte Modernisierung kostet kaum oder nur wenig Geld. Unsere Geduld ist am Ende und wir verleihen dem Ausdruck durch unsere zweite Mobilisierungskampagne mit Schwerpunkt in den Betrieben, im Auftrag unseres Kongresses von Dezember 1999. Am 22. Oktober vor dem Parlament wird die erste Phase abgeschlossen. Weitere Aktionen werden folgen.

Wir fordern konkrete Resultate und sind bereit dafür zu kämpfen.

Von Arbeitslosigkeit bis Zukunftsdebatte



Mobilisierungskampagne für mehr Demokratie am Arbeitsplatz

Mit einem Moment stillen Gedenkens für die Opfer des 11. September begann John Castegnaro seine Pressekonferenz zur Sozialrentrée. Dabei betonte der OGB♦L-Vorsitzende, dass Kriegs- und Terrorgefahren auch heute vielerorts präsent seien; bedauerlich sei jedoch die zögerliche Bereitschaft, die Wurzeln des Terrorismus zu bekämpfen, wie unlängst auch wieder der UN-Gipfel von Johannesburg gezeigt habe. Eine Absage erteilte Castegnaro einem militärischen Angriff auf den Irak: "Dies stellt keine Problemlösung dar und fordert nur zusätzliche unschuldige Opfer".

Europäische Union "Stiefkind Sozialpolitik"

Ehe sich der OGB♦L Chef ausführlich der nationalen Bestandsaufnahme aus gewerkschaftlicher Sicht widmete, blickte er auf die europäische Bühne. Hier ließen die Akteure immer noch ihr soziales Engagement vermissen und würden die Sozialpolitik geradezu stiefmütterlich behandeln. An den Gewerkschaften liege es, der "fanatischen Privatisierungspolitik nach amerikanischem Modell einen Riegel vorzuschieben".

Hier zu Lande bezeichnete der Gewerkschaftsführer für die Sozialpartner die 2003 anstehende Reform der PAN-Gesetzgebung als "Stunde der Wahrheit". Im Frühjahr werde sich zeigen, ob der luxemburgische Zug weiter auf den Tripartite-

Schienen rollen werde oder ob die Weichen anders gestellt würden - was dann aber zwangsläufig zu Spannungen führe, warnte John Castegnaro.

Spannungen zwischen den Gewerkschaften könnte es spätestens im Herbst nächsten Jahres geben, wenn die Sozialwahlen anstehen. Auch wenn sich OGB♦L und LCGB sicherlich um einen "modus vivendi" bemühen würden, so dürfte sich der gewerkschaftliche Diskurs 2003 doch radikalieren, "schließlich geht es um das Ausmaß der nationalen Repräsentativität".

"Nationale Repräsentativität ist nationale Verantwortung"

Was eben diese nationale Repräsentativität angehe, so warte man immer noch auf die neue Kollektivvertragsgebung, "ein wesentliches Element für den Erhalt des Sozialdialogs". Auch wenn die Zusammenarbeit mit Ressortminister François Biltgen in guter Atmosphäre verlaufen sei, werde der OGB♦L, den Druck verstärken, um zu einem Ergebnis zu kommen, stellte Castegnaro klar. Die Haltung seines Syndikats untermauerte er mit der Bemerkung "nationale Repräsentativität bedeutet nationale Verantwortung".

Über ein neues Kollektivvertragsgesetz hinaus fordert der "Onofhängege Gewerkschaftsbund" moderne Gesetzgebungen, die den Arbeitnehmern das notwendige Maß an Recht und Sicherheit einräumen würden. Wie Generalsekretär Jean-Claude Reding unterstrich, werde sich die Gewerkschaft intensiv darum bemühen, dass mehr Demokratie am Arbeitsplatz Einzug halte, wobei insbesondere der rechtliche Schutz der Personaldelegierten verbesserungsfähig sei. Für den 22. Oktober hat der OGB♦L denn auch zu einer Kundgebung vor der Abgeordnetenversammlung aufgerufen; die ganze Thematik ist Bestandteil einer Mobilisierungskampagne.

"Erwerbslosigkeit dürfe nicht als Fatalität hingenommen werden", ging John Castegnaro zur Arbeitsmarktpolitik über. Er forderte die Politik auf, die Vollbeschäftigung anzustreben und lieferte Ansätze, wie dies seines Erachtens nach machbar sei: die landesweit verfügbaren Industriebranchen so schnell wie möglich mit Leben zu erfüllen, für die Sozialwirtschaft einen legalen Rahmen schaffen und das Problem Bauschuttdeponien lösen.



**Dossier Rehazentrum:
"Unwürdig und skandalös"**

Im Gesundheitswesen zeigte sich Castegnaro ungehalten darüber, dass das Dossier Rehazentrum immer noch das Stadium der Planung nicht überschritten habe; eine Tatsache, die für das Wohlstandsland Luxemburg ganz einfach unwürdig und skandalös sei.

Die Drohung der Doktoren, zu streiken, nehme der OGB-L ernst, weshalb er auch bereit sei, die Probleme zu erörtern. Eine Dekonventionierung, die in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft münde, käme, jedoch nicht in Frage, so Castegnaro, der an die Ärzte appellierte, einen detaillierten Forderungskatalog vorzulegen.

Vor einer Zwei-Klassen-Gesellschaft warnte der Gewerkschaftsboss auch im Rentensektor. Die vorige Woche vorgelegten Modalitäten der dritten Säule würden nämlich eine ganze Reihe von Bürgern ausklammern, gab Castegnaro zu verstehen.

Nicht zufrieden zeigt sich der OGB-L Präsident schließlich darüber, dass die Zukunftsdebatte, immer noch auf sich war-

ten lasse ; gerade mit dem Blick auf die näher rückenden Parlamentswahlen und der damit einhergehenden Gefahr einer zunehmend populistischen Debatte sei dies eine ungute Entwicklung.

(Luxemburger Wort - 10.09.02)



Les domaines, priorités et défis de l'OGB-L en un tour d'horizon social pour 2003:

- 1) le débat sur l'avenir du Luxembourg
- 2) la politique de l'emploi
- 3) la politique sociale
- 4) la politique de la santé et infrastructure hospitalière
- 5) la qualité de vie
- 6) la redistribution équitable de la richesse produite
- 7) la politique d'éducation
- 8) la politique tarifaire continue et en point de mire
- 9) la réforme ou modernisation des droits syndicaux

**Mobilisatioun:
Méi Rechter fir
d'Personal-
delegéierten!**

Der OGB•L Kongress hatte im Dezember 1999 eine doppelte Mobilisierungskampagne zugunsten einer gerechten Umverteilung und für mehr Demokratie am Arbeitsplatz gestartet.

Unter dem massiven Druck unserer Gewerkschaft, kannte die Mobilisierungskampagne zugunsten einer gerechten Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums, qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze, guter Lebens- und Arbeitsbedingungen ein äußerst positives Resultat, durch unter anderem:

- ♦ die Pensionserhöhung und die Bekräftigung des allgemeinen Pensionssystems
- ♦ die Reform der Invaliditätsversicherung
- ♦ die Verbesserung der Krankenkassenleistungen
- ♦ die Erhöhung der Kinderzulagen
- ♦ das Senken der direkten Steuern zugunsten der Privatpersonen
- ♦ und, in vielen Sektoren und Betrieben, die Verbesserung der Lohnbedingungen durch die offensive Lohnpolitik, wie sie vom OGB•L betrieben wird.

Unsere Aktion muss weitergehen ...

Anlässlich seiner Sitzung vom 9. September hat der OGB•L Nationalvorstand erneut auf die Notwendigkeit der Reform der Gesetzgebung über die Kollektivverträge hingewiesen und die dringende Reform der Gesetzgebung über die Personalvertretung in den Betrieben und die gemischten Betriebsräte gefordert. Des Weiteren wurden folgende Forderungen hervor gestrichen:

- ♦ die Verteidigung unseres Krankenkassensystems
- ♦ die Überarbeitung der gesetzlichen Bestimmungen über die Flexibilisierung der Arbeitszeitorganisation (Referenzperioden und Überstunden) sowie die Schaffung eines Rahmengesetzes zur Arbeitszeitverkürzung
- ♦ die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes zum 1. Januar 2003
- ♦ die gesetzliche Einführung der 6. Urlaubswoche für alle, sowie
- ♦ die Bekämpfung von Stress und Mobbing am Arbeitsplatz.

Aufruf zur Mobilisierung!

Für den Erhalt unserer Arbeitsplätze, für die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen und für eine kontinuierliche Kollektivvertragspolitik, braucht man eine starke gewerkschaftliche Präsenz in den Betrieben!

Die Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer und der soziale Fortschritt sind nur möglich durch eine starke gewerkschaftliche Präsenz in den Betrieben und durch Personalvertreter, die

- ♦ **ein festgeschriebenes Recht auf Information und ein Mitspracherecht haben**
- ♦ **einen wirksamen Kündigungsschutz und**
- ♦ **Wirkungsmöglichkeiten haben, die den Gegebenheiten der heutigen Betriebsstrukturen angepasst sind.**

Die konkreten Reformvorschläge des OGB•L Kongresses von Dezember 1999 wurden bereits mit dem Arbeits- und Beschäftigungsminister und dem Parlament diskutiert. Leider gibt es keinen Fortschritt in diesem Dossier. Nun finden aber bereits im November 2003 die nächsten Sozialwahlen statt und die nächsten legislativen Wahlen stehen im Juni 2004 an. Die Zeit drängt, wenn wir verhindern möchten, dass diese unumgängliche Reform auf Sankt Nimmerleinstag verlegt werden soll!

Um die politisch Verantwortlichen zu sensibilisieren, organisiert der OGB•L am 22. Oktober um 17.00 Uhr ein Treffen seiner Personalvertreter mit Ansprache vor dem Parlament

**Mobilisons-nous :
plus de droits
pour les délégués
du personnel !**

Le congrès de l'OGB♦L avait lancé en décembre 1999 une campagne de mobilisation à double volet pour une redistribution équitable de la richesse et pour plus de démocratie sur le lieu de travail.

Sous la pression massive de notre syndicat, la campagne de mobilisation pour une répartition équitable de la richesse, pour des emplois de qualité et de bonnes conditions de vie et de travail a connu d'excellents résultats avec notamment:

- ♦ l'augmentation des pensions et le renforcement du système de pension général
- ♦ la réforme de l'assurance-invalidité
- ♦ l'amélioration des prestations des caisses de maladie
- ♦ l'augmentation des allocations familiales
- ♦ la réduction de l'impôt direct pour personnes physiques
- ♦ et, dans beaucoup de secteurs et d'entreprises, l'amélioration des conditions de rémunération par le biais de la politique salariale offensive propagée par l'OGB♦L

Notre action doit continuer ...

Dans sa réunion du 9 septembre 2002, le comité national de l'OGB♦L a de nouveau insisté sur l'importance de la réforme de la législation sur les conventions collectives de travail et sur l'urgence d'une réforme de la législation sur les délégations du personnel et sur les comités mixtes d'entreprises. Il a également mis en avant les revendications suivantes :

- ♦ la défense de notre système d'assurance-maladie
- ♦ la révision des dispositions légales sur la flexibilité de l'organisation du temps de travail (périodes de référence et heures supplémentaires) ainsi que la création d'une loi-cadre pour la réduction du temps de travail
- ♦ l'augmentation du salaire social minimum au 1er janvier 2003
- ♦ l'introduction légale pour tous de la sixième semaine de congé payé, et
- ♦ le combat du stress et du harcèlement moral au travail.

Mobilisons-nous ...

**pour sauvegarder nos postes de travail, pour améliorer nos conditions de travail
et pour garantir une politique tarifaire continue,
il faut une présence syndicale forte dans les entreprises !**

La défense des intérêts des salariés, le progrès social passent par une présence syndicale forte dans les entreprises et par des délégués du personnel qui disposent

- ♦ **de véritables droits d'information et de consultation,**
- ♦ **d'une protection efficace contre le licenciement et**
- ♦ **de moyens d'action adaptés à la réalité des entreprises d'aujourd'hui.**

Les propositions de réforme concrètes que l'OGB♦L a présentées lors de son congrès de décembre 1999 ont été discutées avec le Ministre du travail et de l'emploi et avec la Chambre des députés. Mais force est de constater que le dossier n'avance pas. Or, déjà en novembre 2003 vont avoir lieu les prochaines élections sociales et en juin 2004 les élections législatives. Il y a donc urgence, si nous voulons éviter que cette réforme indispensable ne soit remise aux calendes grecques !

**Pour sensibiliser les responsables politiques, l'OGB♦L organisera
le 22 octobre à 17h00 un rassemblement de ses délégués du personnel
avec prise de parole devant la Chambre des Députés à Luxembourg**

Mobilisons-nous pour renforcer les droits des délégués du personnel

Un contexte économique difficile

La rentrée sociale 2002 se déroule dans un contexte économique et social difficile. Tous les paramètres économiques pointent à la baisse et la pression sur l'emploi augmente de nouveau, le chômage qui avait diminué en Europe, même s'il restait à un haut niveau, risque de s'accroître de nouveau dans tous les pays, y compris le Luxembourg. Cette situation est essentiellement liée à la crise boursière et à la politique irresponsable et parfois frauduleuse menée par de grands groupes économiques, qui ont engendré une crise de confiance qui freine les investissements. Il faut y ajouter les crises qui frappent certaines régions comme le cône sud de l'Amérique latine et la situation difficile voire désastreuse de la plupart des pays non-industrialisés. La situation actuelle souligne la justesse de l'analyse du mouvement syndical international. La CISL¹, le TUAC² et la CES³ avaient tiré la sonnette d'alarme dès le printemps 2001 et avaient rappelé leurs exigences et propositions avec insistance après le 11 septembre 2002. Le mouvement syndical a exigé une politique de relance économique concertée, l'instauration d'un contrôle et d'une régulation publique des agissements des grands groupes industriels et financiers mondiaux, le renforcement de la protection sociale au lieu de sa privatisation et destruction, des règles sociales pour le commerce mondial, une régulation des activités financières et boursières permettant d'éviter des fraudes et des dérapages spéculatifs. Au plan européen, la CES a également exigé une initiative forte et coordonnée pour relancer la croissance, tout en insistant sur la sauvegarde des systèmes de protection sociale et la défense de services publics de qualité et accessibles à tous comme éléments essentiels du modèle social européen et instruments qui contribuent fortement à soutenir un développement économique équilibré.

La campagne de mobilisation de l'OGB•L pour une répartition équitable de la richesse produite, pour des prestations sociales améliorées (allocations familiales, prestations de l'assurance maladie, pensions), pour une politique salariale offensive et pour un renforcement des droits syndicaux afin de faire avancer le dialogue social et garantir la paix sociale, se situe dans le cadre de la politique alternative prônée par le mouvement syndical international. Rappelons que cette action a déjà eu des résultats importants comme l'augmentation des allocations familiales et la réforme du régime général d'assurance pension.

Notre action dans les mois à venir aura trois points forts :

1) Le plein emploi reste un objectif principal pour l'OGB•L

La situation sur le marché du travail devient également plus tendue au Luxembourg et la situation des demandeurs d'emploi est également plus difficile. Dans ce contexte, l'OGB•L a des difficultés à comprendre le discours d'aucuns sur une soi-disante pénurie de personnel. Nous rejetons également toutes les actions contre notre système de préretraite et de prépension menées pour atteindre l'objectif de l'augmentation du taux d'activité des travailleurs âgés. Et finalement l'OGB•L estime qu'il faut maintenir les différents instruments qui ont été introduits par le législateur suite aux propositions du comité de coordination tripartite et qu'il faut travailler pour améliorer continuellement les performances de l'ADEM.

Lors de sa prochaine réunion, le Comité permanent de l'emploi (CPE) devra se pencher sur la situation de l'emploi.

Un autre point à l'ordre du jour sont l'évaluation et la révision du premier plan action national pour l'emploi de 1998 et de la loi afférente du 12 février 1999. Actuellement plusieurs études demandées par l'Observatoire des relations professionnelles et de l'emploi (ORPE) sont en cours de réalisation pour préparer les travaux du CPE en la matière. Au 31 juillet expireront un certain nombre de dispositions de la loi du 12 février 1999, notamment celles concernant l'organisation flexible du temps de travail et les périodes de référence. L'OGB•L constate dans ce contexte que ces dispositions n'ont pas donné de nouvelles impulsions à la politique contractuelle dans les entreprises et les secteurs. Par contre la flexibilité accrue, souvent imposée, a augmenté le stress au travail. La compensation sous forme d'une amélioration des conditions de travail par une réduction du temps de travail accompagnée d'une embauche de personnel supplémentaire n'a pas pu être réalisée, le patronat se refusant à négocier une réduction du temps de travail.

Pour l'OGB•L une réforme de la législation actuelle visant à renforcer le caractère collectif et obligatoirement négociée des modèles d'organisation du travail flexible s'impose, de même qu'une loi-cadre pour la réduction négociée du temps de travail.

Par ailleurs l'introduction légale de la sixième semaine de congé payé pour tous reste une revendication de l'OGB•L pour 2003. Au 31 juillet 2003 le congé parental sera automatiquement réduit de 6 mois à 3 mois, si la loi actuelle n'est pas prorogée.



Jean-Claude Reding
Secrétaire général

Même si certaines modalités du congé parental peuvent être discutées, nous estimons que le congé parental a fait ses preuves et nous estimons qu'il faut une prorogation de la durée actuelle du droit au congé parental.

Dans le domaine de la politique de l'emploi, nous avons donc du pain sur la planche dans les mois à venir.

2) L'action pour la redistribution équitable de la richesse produite doit continuer : le salaire minimum doit être augmenté !

L'OGB♦L continuera sa politique salariale offensive dans les négociations pour les conventions collectives et en défendant l'indexation automatique des salaires. Le comité national de l'OGB♦L dans sa réunion du 9 septembre 2002 a par ailleurs réaffirmé la revendication de l'OGB♦L pour une augmentation substantielle du salaire social minimum au premier janvier 2003. Cette augmentation doit s'ajouter à la valeur de l'ajustement des pensions. 16% des salariés travaillent pour le salaire minimum et il faudrait encore ajouter tous ceux, et ils sont nombreux, qui ont un salaire qui ne dépasse que de peu le salaire minimum. En considérant le coût de la vie, notamment les frais pour le logement, ces salariés ont souvent des difficultés pour boucler les fins de mois. Ils risquent de tomber dans des difficultés financières graves au moindre aléa de la vie. Ces hommes et ces femmes travaillent souvent dur et ont également droit à une part équitable de la richesse produite. Ils n'ont pas profité des réductions de l'impôt sur le revenu des particuliers et des entreprises. L'augmentation légale du salaire minimum ne serait qu'une mesure de justice sociale.

3) Renforçons le droit syndical et la législation sur les délégations du personnel et la cogestion dans les entreprises !

Le comité national de l'OGB♦L du 9 septembre 2002 a rappelé les positions syndicales en vue de la réforme de la législation sur les conventions collectives et sur l'Office national de conciliation qui doit aboutir à un renforcement de la politique contractuelle collective dans notre pays. Nous sommes en attente du projet de loi en question.

Pour un deuxième dossier il y a urgence et l'OGB♦L est décidé à augmenter la pression en la matière : il s'agit de la réforme de la législation sur les délégations du personnel et sur les comités mixtes d'entreprise. La législation sur les délégations du personnel date de 1979, celle sur les comités mixtes d'entreprise

et la représentation salariale dans les conseils d'administration de 1974. Un quart de siècle plus tard les structures et le fonctionnement des entreprises ont beaucoup changé et la législation a montré ses limites et insuffisances.

- ♦ Pour garantir un réel droit à l'information, à la consultation et à la participation des représentants du personnel sur la situation et l'évolution économique, financière et sociale d'une entreprise,
- ♦ pour permettre une intervention efficace des représentants du personnel en cas de restructuration, de cession, de fusion ou de transfert d'une entreprise ou d'une partie d'une entreprise,
- ♦ pour permettre l'exécution efficace des missions des délégués,
- ♦ pour garantir la protection des délégués du personnel,

la législation actuelle doit être réformée d'urgence en vue de renforcer et d'adapter les droits et les moyens d'action des délégués du personnel. Une telle réforme est indispensable pour garantir la paix sociale et de bonnes relations sociales dans les entreprises et pour permettre un dialogue social efficace.

Les propositions détaillées de l'OGB♦L ont été présentées lors de notre dernier congrès, elles ont été discutées avec le Ministre du travail, elles ont été présentées à la Chambre des Députés. Depuis le 11 mars 2002, il existe également une directive européenne fixant des exigences minimales pour le droit à l'information et à la consultation des travailleurs dans les entreprises et établissements situés dans l'Union européenne. Cette directive doit être transposée en droit interne et elle implique des améliorations de notre législation dans le sens de nos propositions.

Nous sommes à un an des élections sociales et à un peu moins de deux ans des élections législatives. Le temps presse pour pouvoir légiférer. Pour l'OGB♦L, il s'agit d'un dossier prioritaire. Pour souligner notre détermination et comme première action, nous organiserons le 22 octobre à 17h00 un rassemblement syndical devant la Chambre des Députés. Le cas échéant d'autres actions suivront !

¹ Confédération Internationale des Syndicats Libres

² Trade Union Advisory Committee

³ Confédération Européenne des Syndicats



OGBL

**Mobilisons-nous :
plus de droits
pour les délégués
du personnel !**

Rassemblement le 22 octobre 2002

travaux restent à faire

Avec la rentrée 2002-2003, le gouvernement actuel entame l'avant-dernière année de son mandat, et l'on peut dès lors dresser un premier bilan des mesures prises et des projets en cours pouvant encore aboutir dans cette législature.

Faut-il encore le répéter, l'actuelle Ministre de l'Education nationale est entrée en fonction avec l'intention déclarée de mener une « offensive scolaire », c'est-à-dire de renflouer un navire maltraité par des décennies de manœuvres conservatrices sous l'égide du parti chrétien-social.

Le manque de personnel qualifié asphyxie notre système scolaire

Une autre contrainte de poids était le manque flagrant de personnel enseignant, qui n'est pas près de disparaître. Dans l'enseignement postprimaire, le dernier rapport de planification du personnel vient encore de le confirmer. Si cette pénurie trouve son origine dans la politique d'austérité des gouvernements précédents, il faut quand-même constater que l'actuelle Ministre s'obstine à maintenir en action l'instrument qui a servi à mener cette politique d'austérité, c'est-à-dire le concours d'admission au stage.

Dans l'enseignement primaire on peut espérer que la résorption de la pénurie, qui est certes encore timide cette année, aille en s'accéléralant au cours des prochaines années. Pour y arriver il faut motiver les jeunes à s'engager dans des études pour devenir instituteur ou institutrice.

La bouffée d'oxygène qu'un recrutement massif d'enseignants qualifiés pourrait apporter à notre système scolaire ne semble pas l'objectif primordial de Madame Brasseur, qui se contente de présenter des chiffres en se montrant rassurante, même si elle a au moins le mérite d'avoir fait redémarrer les travaux des commissions de planification et de rendre la pénurie un peu plus transparente.

Aucune initiative n'est prise pour remédier au creusement des inégalités sociales

L'attestation par l'OCDE - à travers l'étude de PISA - que le système éducatif luxem-

bourgeois compte parmi ceux où la corrélation entre la situation socio-économique familiale et le niveau de compétence des enfants est la plus prononcée a été un choc supplémentaire. Ses résultats montrent en effet que l'injustice sociale se trouve consolidée sinon aggravée par l'école luxembourgeoise et que les responsables du MEN devraient se hâter de rectifier le tir. Or, à part le slogan favori du "back to basics", des mesures appropriées notamment en direction d'une meilleure prise en charge des écoliers et élèves se font attendre.

Le privé passe avant le public

Loin de vouloir s'engager plus avant dans des réformes, le MEN semble plutôt vouloir se dégager de ses obligations en direction d'institutions privées. L'accentuation du financement des écoles privées par les deniers de l'État va dans ce sens. Dans le même ordre d'idées, on peut craindre que l'avant-projet portant organisation des établissements d'enseignement postprimaire ne serve de levier pour entamer un changement de modèle fondamental de notre système scolaire unitaire vers une sorte de marché de l'éducation. A contre-pied, nous revendiquons l'autonomie dans le bon sens du terme, celui de l'autonomie pédagogique d'un personnel qualifié et responsable, celui des moyens matériels et personnels suffisants, celui de la démocratie au niveau du fonctionnement et de la gestion de nos écoles.

Permettre aux enseignants de s'investir dans le développement de l'école

La question de la cogestion est également au centre des discussions autour de la réforme de la loi scolaire de 1912 qui concerne surtout l'enseignement primaire où la concertation et la cogestion prennent une importance accrue. Dans de nombreuses communes, les enseignants se sont peu à peu dotés de structures efficaces pour répondre à ces besoins. Le SEW/OGB♦L exige que ces structures de cogestion soient inscrites

dans la nouvelle loi scolaire et il s'oppose à la création de nouvelles hiérarchies qui feraient de l'enseignant un pantin inefficace.

Si Madame Brasseur n'arrive pas à boucler ses grands chantiers sur la législation scolaire de façon satisfaisante et surtout si elle n'arrive pas à revigorer l'école à travers la création de nouvelles structures et à travers le recrutement d'enseignants qualifiés et engagés, on retiendra de son passage à l'Education nationale la revalorisation des cours d'instruction religieuse et morale, le financement des écoles privées, la capitulation devant la pénurie en personnel enseignant formé, une politique de l'Education nationale réduite à un slogan : bref l'abandon de l'école publique.



Monique Adam



Guy Foetz

SEW FGIL

**5 octobre 2002,
Journée mondiale des
enseignants**

Enseigner, c'est susciter
le dialogue chaque jour

**le 5 octobre 2002
de 14.30 à 17.00 heures au
forum Geesseknäppchen
Que peut-on apprendre du
système scolaire finlandais ?**

Vorstellung der Eckdaten des Staatshaushaltes 2003

Ein Budget der Konsolidierung nach zwei starken Jahren

Mit einer Steigerung von rund 7% schreibt sich der Staatshaushalt von 2003 in den normalen Rahmen ein. Die vorgestellten Zahlen entsprechen einem von vorsichtigem Optimismus geprägten Übergangsbudget, in Erwartung der 2004 stattfindenden Wahlen.

Nachdem die Jahre 2001 und 2002, bekanntlich auf Druck des OGB♦L durch verschiedene Umverteilungsmaßnahmen gekennzeichnet waren - zum einen durch die sozial- und leistungsgerechte Steuersenkung, zum anderen durch die strukturellen und punktuellen Rentenverbesserungen, die Einführung der sogenannten "Mammerent", die Verbesserung der RMG-Bestimmungen, die Rücknahme der Verschlechterung der Krankenkassenleistungen - wird im Budgetjahr 2003 versucht diesen sozialen Fortschritt zu konsolidieren.

Im Sinne der für Luxemburg üblichen Finanzstabilität, aber aufgrund recht widersprüchlicher Wirtschaftswachstumsprognosen, lässt das neue Budget nur vorsichtige Schätzungen zu. Mit dem vorausgesagten, dem Budget zugrundeliegenden Wirtschaftswachstum von 5%, hat Luxemburg allerdings immer noch eine komfortable Spitzenreiterposition in Europa, so dass die Investitionsausgaben nicht gekürzt werden und keine neue Staatsschuld aufgenommen wird.

Der OGB♦L begrüßt, dass bei der Vorstellung des Budgets die Rolle des Staates bei der Zukunftsgestaltung des Landes hervor gestrichen wurde und dass der Staat sich durch seine Budgetpolitik, die Mittel zur aktiven Mitgestaltung der Zukunft gegeben hat. Man darf nun gespannt sein, ob dem Budget eine Art Gebrauchsanleitung beiliegt, mit der die Zielgebungen im Bereich der sozialen Solidarität, der Bildung und Forschung, der Sicherheit und des Ausbaus des Öffentlichen Transportes erreicht werden können.

Die punktuellen Maßnahmen insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, der Behinderetenbetreuung und der Pflege werden vom OGB♦L grundsätzlich positiv bewertet, es darf jedoch bezweifelt werden, ob diese Maßnahmen ausreichend sind, um die bestehenden Rückstände aufzunehmen. Insbesondere kritisiert der OGB♦L eine definitive Entscheidung, was den Bau des Reha-Zentrums anbelangt, der seit Jahren aus parteipolitischen Gründen heraus geschoben wird, auf Kosten der Patienten und des Pflegepersonals. Genauso fehlen präzise Aussagen zu familienpolitischen Entscheidungen im Sinne der Kleinkinder, so vermisst man z. B. das Bereitstellen von budgetären Mitteln zur Modernisierung der Kinderklinik, der Neuausrichtung der Maternités. ... usw.

Nachdem die OGB♦L Mobilisierungskampagne für positive Bewegung in den vergangenen beiden Jahren gesorgt hatte und die Eckdaten des 2003-er Budgets die bequeme finanzielle Situation des Landes unterstreichen, gilt es nun die soziale Umverteilung weiterzuführen. Es ist genügend Spielraum für politische Akzente in wichtigen Bereichen vorhanden: Packen wir's an!



Depot des Staatshaushaltes 2003

"Eng plutôt richtig Politik ..." (Jean-Claude Juncker)



Gleich zweimal meldete der OGB♦L sich zu Wort bei der Vorstellung des Staatshaushaltes für 2003.

Nachdem der OGB♦L sich Anfang August, anlässlich der Vorstellung der Eckdaten des Budgets, prinzipiell mit dessen finanzpolitischer Ausrichtung und den inhaltlichen Akzenten auseinandergesetzt hatte, konnte er anlässlich der offiziellen Niederlegung des Budgets nichts fundamental Neues in Erfahrung bringen. Es sei denn, die Bestätigung von staatsministerlicher Seite, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit dem Frühjahr dieses Jahres, sowohl in der Eurozone als auch weltweit, vor dem Hintergrund des schwelenden Irak-Konflikts, wie befürchtet verschlechtert haben. Der OGB♦L begrüßt daher die "Politik der ruhigen Hand" der Regierung, mit der versucht wird im makro-ökonomischen Umfeld, die Mittel des luxemburgischen Staatshaushaltes konsequent einzusetzen.

Der OGB♦L bedauert aber die erneute Polemik des Staatsministers zum Thema "Rententisch" und dessen Finanzierung, die auf einer Wirtschaftswachstumprognose von wenigstens 4% basiert. Da mit vorsichtigem Optimismus für das nächste Jahr ca. 5% Wachstum vorhergesagt werden, also genügend Spielraum - Geld und Reserven - vorhanden sind, unterstreicht die Kritik des Staatsministers, dass er den "Rententisch" schlecht verdaut hat. Dabei dürfte dieser vor dem Hintergrund der bequemem finanziellen Situation des Landes grundsätzlich kein Thema mehr sein.

Durch die vom OGB♦L jahrelang geforderte und schließlich realisierte Umverteilungspolitik, durch die Steuerreform zugunsten der Privatpersonen und durch Interventionen im fiskalen Bereich zugunsten der Betriebe, konnte Luxemburg nämlich eine Kaufkraftsteigerung verzeichnen, die sich durch ein Mehr an direkten und indirekten Steuern wiederum positiv auf die Staatsfinanzen niederschlägt. Diese Mittel gilt es nun gezielt und prioritätengerecht, vor allem für Reformen im Sozial- und Bildungsbereich, einzusetzen.

Andere Reformen, wie die vom OGB♦L geforderte Modernisierung der Gewerkschaftsrechte, kosten kein oder nur wenig Geld. Diese sollten also so schnell wie möglich verabschiedet werden. Darum auch die neue OGB♦L-Mobilisierungskampagne!

Der Cercle Joseph Bech und seine Forderung nach dem Kapitaldeckungsverfahren ... die Ratten kommen aus den Löchern

Man erinnert sich, dass auf jahrelangen Druck des OGB♦L hin der Rententisch im vergangenen Jahr das bestehende allgemeine Pensionssystem nicht nur abgesichert, sondern verbessert und gestärkt hat und damit das Prinzip der nationalen Solidarität fest geschrieben wurde.

Durch die verbitterten Kommentare und die ständigen Sticheleien und Seitenhiebe von Premierminister Jean-Claude Juncker, der das gute Resultat immer noch nicht verdaut hat, fühlen sich nun sämtliche Verfechter von Zusatzpensionen dazu berufen, ihr Scherflein beizutragen und sei es nur durch unqualifizierte, populistische, aber dennoch hochgefährliche Stellungnahmen.

Dabei zeigen Erfahrungen im Ausland insbesondere in Großbritannien, wo das bestehende Kapitaldeckungssystem am bröckeln ist, dass dieses System sich nicht tragen kann, weil es u.a. dermaßen hohe Renditen voraussetzt, die in der Praxis nicht einzufahren sind.

In Luxemburg wurde durch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die privaten Zusatzpensionen und deren Förderung durch die öffentliche Hand, nebst den bereits bestehenden betrieblichen Zusatzpensionen, dem sogenannten 3. Pfeiler Aufwind verliehen: eine sozial ungerechte Maßnahme, da nicht alle sich einen Zusatz leisten und demnach von den sich ableitenden Steuervorteilen profitieren können. Auch wenn von Regierungsseite immer wieder betont wird, dass es zu keinerlei Beschneidung des eigentlichen Systems kommen würde, wird das neue Regime nun verdreht dazu benutzt, um unter dem Stichwort des "Paradigmenwechsels" radikale Forderungen zu untermauern.

Um alle Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, fordert der OGB♦L die Regierungspartei CSV auf, unverzüglich Farbe zu bekennen und eine offizielle Stellungnahme abzugeben.

Das solidarische Generationsmodell darf nicht ausgehöhlt werden. Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit müssen die Leistungen des ersten Pfeilers, des gesetzlichen

Systems, unangetastet bleiben. Der OGB♦L erinnert in diesem Zusammenhang an seine Forderung nach einer Weiterführung des Rententisches, um u.a. die Frauenproblematik und das Erschließen alternativer Finanzierungsquellen zu diskutieren.

Es stünde der christlich-sozialen Partei übrigens nicht gut zu Gesicht, sich bei diesem Kernthema der sozialen Sicherheit, hinter allgemeinen Kommentaren verschiedener Spitzenleute zu verstecken

Auch wenn man die Aussagen des "Zirkel" nicht überbewerten und man vor allem vermeiden sollte auf populistische Art und Weise einen populistischen Vorstoß zu kontern, so gilt dennoch Vorsicht. Demnach: "Wehret den Anfängen..."



Industriebrachen im Norden

Die Regionale Norden des OGB♦L, ist sehr interessiert an der nachhaltigen Entwicklung der Nordregion unseres Landes. Der Norden will nicht nur Naturschutzgebiet sein, sondern er braucht auch und vor allem Arbeitsplätze (Wiltz war z.B. immer eine Industriestadt, und möchte es auch weiterhin bleiben). Dabei betrachten wir die Region als Ganzes mit Blick über die nationalen Grenzen hinaus in die nachbarschaftlichen Regionen in Deutschland und Belgien, aus denen die Grenzgänger zu uns finden. Gutgemeinten lokalen Eigeninitiativen ist meistens wenig Erfolg beschieden, weil sie sich gegenseitig konkurrenzieren und damit neutralisieren. Auch fehlt ihnen die Solidaritätskomponente.

Am 28. März 2002 waren die Verantwortlichen der Regionale Norden des OGB♦L unter Führung des Landespräsidenten John Castegnaro zu Gast bei Wirtschaftsminister Henri Grethen, um sich über die wirtschaftliche Lage der Nordregion zu informieren insbesondere im Hinblick auf die Industriebrachen.

Anschließend wurde eine Unterredung mit den Schöffenräten der Gemeinden Vianden und Wiltz organisiert.

Vor den Ferien fand eine Zusammenkunft der Regionale Norden des OGB♦L, unter der Führung des Nationalpräsidenten John Castegnaro, mit den Schöffenräten statt.

Die Bürgermeister der Städte Vianden Marc Schaefer und Wiltz Romain Schneider erläuterten die Gegebenheiten der Dossiers welche grundverschieden sind.

In Wiltz handelt es sich um eine Fläche

von 8 ha. Im Vergleich zu den Industriebrachen im Süden des Landes (Esch-Belval) wenig, für Wiltz mit ca. 4.500 Einwohnern sehr viel.

Nach der erfolgten Sanierung kann die Wiederbelebung des Standortes ins Auge gefasst werden.

Nur 25% der Gebäulichkeiten (2 Hallen) können erhalten bleiben.

Für Vianden stellt sich das Problem etwas anders : die fragliche Fläche beträgt "nur" 2 ha, liegt im Wohngebiet und die Gebäude sind abbruchreif. Vianden besteht auch nicht auf Reindustrialisierung, sondern setzt nach der Sanierung auf eine gemischte Verwendung: Gemeindedienste, Wohnungen (Fonds du logement) Geschäftsfläche und Parkplätze. (Auffangparking).



Die Sanierung, welche in beiden Fällen Millionen kostet, ist eine schwere, fast unüberwindbare Hürde für beide Nordgemeinden.

Nationalpräsident John Castegnaro versprach alle mögliche Hilfe des OGB♦L bei der Lösung dieser dornigen Probleme. Auch im Norden müsse die nationale Solidarität spielen. Als nächsten Schritt erwägt die Regionale Norden des OGB♦L mit John Castegnaro nach den Ferien eine Unterredung mit Umweltminister Charles Goerens anzufragen, um die Stellung des Umweltministeriums zu erfahren.

Regionale Norden



Activités internationales

OMC : Négociations dur le commerce des services

Pour l'instant, les 144 gouvernements membres de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) sont engagés dans des négociations sur le commerce des services en vertu de l'Accord général sur le commerce des services (AGCS), dans le cadre du Cycle de Doha lancé lors de la 4e Conférence ministérielle de l'OMC. La CGT-L (OGB♦L, FNCTTFEL, FLTL) craint que les négociations actuelles n'hypothèquent l'accès d'une grande partie de la population mondiale aux services publics essentiels ainsi qu'à d'autres services d'intérêt général pour une grande partie de la population mondiale. La CGT-L a transmis une déclaration de la Confédération internationale des syndicats libres et de la Confédération européenne des syndicats sur les négociations AGCS au Gouvernement luxembourgeois. En particulier, la déclara-

tion stipule que toutes les parties aux négociations actuelles de l'AGCS doivent affirmer haut et fort que les services publics (et surtout l'enseignement, la santé et les services publics essentiels) et les activités socialement bénéfiques du secteur des services ne sont pas sujets à négociation. Ceci signifierait que toutes les parties aux négociations actuelles ne demanderaient pas à d'autres gouvernements d'ouvrir ces secteurs.

La déclaration insiste en outre sur le fait que les pays ne doivent pas se voir contraints de privatiser leurs services publics contre leur gré. Les pays qui s'engagent à ouvrir leur secteur des services au titre de l'AGCS doivent pouvoir prendre une décision future de renforcement du rôle du secteur public dans ces secteurs, sans risquer d'es-

suyer une remise en question potentielle par le mécanisme de règlement des différends de l'OMC ou de devoir proposer d'autres services en compensation. L'accord AGCS devrait inclure une clause explicite exemptant les engagements AGCS du système de règlement des différends de l'OMC dans toutes les procédures concernant le secteur public.

La déclaration conclut en insistant sur le fait que les négociations de l'AGCS sont trop importantes pour l'intérêt public pour se dérouler sous le sceau du secret et sans la participation des parlementaires et des partenaires sociaux.

D'autres informations sont disponibles sur le site internet de la CISL : www.icftu.org.

Weltwährungs-fonds und Weltbank: Jahrestagungen

Der Internationale Bund freier Gewerkschaften, die globalen Gewerkschaftsföderationen und der gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der OECD haben unter dem Titel « Das Modell verändern : die Politik der internationalen Finanzinstitutionen und die Versäumnisse einer unternehmensgesteuerten Globalisierung » eine Erklärung verabschiedet, die die CGT-L (OGB♦L, FNCTTFEL, FLTL) der luxemburgischen Regierung übermittelt hat. Weitere Informationen zum Thema sind über das Internet unter folgenden Adressen zu finden:

www.icftu.org

www.global-unions.org

www.tuac.org

Protestation contre la lapidation d'Amina Lawal Kurami

Amina Lawal Kurami, une femme nigériane est mère de trois enfants, dont le dernier a été conçu après son divorce. Pour cela la Cour d'appel islamique de Funtua dans l'Etat de Katsina, au Nigeria, l'a condamnée à mort par lapidation. Cette décision a été rendue le 10 août. Malgré ses avocats et le soutien du Ministère fédéral de la condition féminine, cette jeune femme de 31 ans n'a pas bénéficié de la clémence, stimulée par la campagne internationale qui a sauvé Safiya Husseini.

La CGT-L (OGB♦L, FNCTTFEL, FLTL) a adressé une lettre à l'Ambassadeur de Nigeria en Belgique lui demandant de transmettre au Président de la République du Nigeria notre indignation et notre profonde préoccupation à l'égard de ce nouveau cas. La CGT-L a indiqué que « ce jugement est incompatible avec la Constitution du Nigeria ainsi qu'avec les obligations qui lui incombent en vertu du droit international relatif aux droits humains, notamment aux termes de la Charte africaine des droits de l'homme et des peuples. La pratique de la lapidation est la pire forme de torture interdite à la fois par la Convention des Nations Unies contre la torture et par le Pacte international relatif aux droits civils et politiques et représente une violation flagrante de la Convention des Nations Unies sur l'élimination de toutes formes de discrimination à l'égard des femmes et la déclaration et du programme d'action de Pékin et des conclusions finales de Beijing +5. Le fait de condamner à mort une femme uniquement pour avoir donné la vie, symbolise d'une manière évidente l'ampleur de la discrimination dont les femmes sont l'objet et renvoie tant les femmes que les hommes, qui rendent de tels jugements, au pire obscurantisme de l'histoire de l'humanité ». La CGT-L a demandé au Gouvernement luxembourgeois d'intervenir en faveur d'Amina Lawal Kurami.

Façonner une Nouvelle Donne :

Travailleurs et syndicats au
Sommet mondial pour le Développement durable



Sommet Mondial sur le développement durable

Avant le Sommet du développement durable de Johannesburg la CGT-L (OGB•L, FNCTTFEL, FLTL) a transmis au Gouvernement luxembourgeois la déclaration "façonner une nouvelle donne" adressée par la Confédération internationale des syndicats libres (CISL) au Sommet. Cette déclaration ainsi que d'autres informations sur le sommet et les activités du mouvement syndical international en la matière sont disponibles sur le site internet de la CISL (www.icftu.org) L'OGB•L a également demandé une entrevue avec le Ministre de l'environnement pour un échange de vue sur les conclusions du sommet et ses implications pour notre pays. L'OGB•L a également proposé d'organiser une réunion du Conseil économique et social élargi aux membres luxembourgeois du Comité économique et social de Bruxelles et du Comité de coordination tripartite sur ce sujet. Ci-après nous publions une première appréciation de la CISL sur le sommet.

Bonnes intentions sur le front social, mais manque d'engagements concrets

Pour les syndicats, le Sommet mondial sur le développement durable (SMDD) s'est conclu à Johannesburg sur un bilan en demi-teinte. Si la CISL se dit satisfaite de voir que le caractère social ressort des textes adoptés, elle critique le manque d'engagements forts de la part des chefs d'Etats sur la plupart des questions essentielles abordées au Sommet, telles que la santé et la sécurité, l'agriculture, la biodiversité, l'énergie et dans une moindre mesure l'eau. Comme le rappelle Guy Ryder, secrétaire général de la CISL : « Le travail, les lieux de travail et les travailleurs constituent l'essence de ce pilier social. C'est en obtenant des emplois décents que des millions de travailleurs et travailleuses actuellement réduits à la pauvreté pourraient avoir accès à des moyens d'existence durables. Rendre les lieux de travail plus respectueux de la sécurité et de l'environnement constitue l'un des moyens de parvenir à leur offrir des conditions de vie plus acceptables. Et c'est à travers le respect des droits fondamentaux des travailleurs et seulement par ce moyen qu'ils peuvent continuer à assumer leur rôle d'architecte des processus de production durables. » Tout au long du Sommet, les syndicats ont en effet fermement insisté sur le besoin de prendre un engagement ferme à défendre ces droits fondamentaux au travail, au cœur du concept d'un développement basé sur l'humain et ses droits.

Néanmoins, la CISL se dit également consciente des opportunités manquées et de l'insuffisance de volonté politique affichée.

Guy Ryder : « Johannesburg nous offrait l'occasion de réorienter la ligne actuelle et très peu soutenable de la mondialisation, de passer le cap d'un apartheid mondial bien enraciné pour se diriger vers plus de justice sociale, d'égalité et vers un avenir meilleur pour les générations à venir. Malgré la réalité d'un futur planétaire, malgré la reconnaissance de responsabilités communes quoique différenciées, la perspective étroite de gains à court terme pèse encore trop lourdement. C'est comme si les gouvernements, chacun arquebouté de façon précaire sur le socle du développement économique, étaient en train de se battre pour obtenir à leur seul avantage une meilleure position, inconscients que ce socle lui-même est en train de s'écrouler et qu'ils tomberont dans l'abîme s'ils ne commencent pas à travailler ensemble maintenant ».

La CISL qui s'est battue tout au long de ce Sommet pour que l'agenda adopté soit un agenda de changements fondamentaux en matière de priorité de développement, de gouvernance politique, de mentalités et de comportements est aujourd'hui forcée de constater que ces idées sont loin de faire l'unanimité. Et pourtant, pour des millions de sans voix, les pauvres et les plus vul-

néraux auxquels ce Sommet doit rendre le plus de compte, seuls ces changements fondamentaux peuvent apporter l'espoir.

Malgré ce contexte très décevant, la CISL est néanmoins décidée à aller de l'avant et à s'engager fermement à œuvrer à ces changements, forte du rôle que les syndicats se voient désormais reconnus en tant que véritables partenaires du développement durable. Les syndicats sont déterminés à jouer pleinement ce rôle après Johannesburg lors des négociations qu'ils mèneront avec les employeurs, lorsqu'ils formeront des alliances avec les partenaires issus de la société civile et à chaque fois qu'ils feront entendre leurs voix au sein des enceintes d'organisations internationales. Et Guy Ryder de conclure : « Les syndicats ont l'expérience du changement. Et l'expérience montre que des changements efficaces passent par l'élaboration de partenariat, la participation et la négociation ».

De plus amples informations sur la participation des syndicats au sommet peuvent être consultés sur le site Internet de la CISL : <http://www.icftu.org/wssd2002>

La CISL représente 157 millions de travailleurs de 225 organisations affiliées réparties dans 148 pays et territoires. La CISL est également membre du Groupement Global Unions : <http://www.global-unions.org>

Projet de partenariat entre l'OGB♦L et la Ligue Luxembourgeoise d'Hygiène Mentale a.s.b.l.

"STRESS op der Aarbecht, Beroodungsstell"

Le monde du travail d'aujourd'hui exige des acteurs qui l'animent tous les jours, un comportement basé sur le principe de la performance permanente. Etre respectivement rester à la hauteur 24/24h, 365 jours par an et ceci de préférence au moins pendant 40 années dans une vie, semble de plus en plus constituer une exigence "normale" vis-à-vis de dizaines de milliers de personnes, pour la plus grande part salariés auprès de nos entreprises.

Une telle situation, bien que contribuant d'une façon significative au développement de nos richesses par la voie de l'accroissement des facteurs tels que productivité et compétitivité de notre économie, a malheureusement une face cachée. Celle-ci ne touche bien évi-

demment pas tout le monde de la même façon, mais elle commence à prendre une envergure assez importante sous forme d'apparition accrue de différents symptômes souvent ignorés ou mal interprétés, conduisant à produire ce qu'on appelle "les maladies du stress".

L'impact négatif de tous ces phénomènes sur la société d'une façon générale, que ce soit en termes de frais médicaux, frais de traitements, frais liés à la consommation de médicaments, frais liés à l'absentéisme des souffrants de leur lieu de travail, représente un générateur de coûts énormes pour les systèmes de sécurité sociale.

En relation avec ces développements négatifs, l'OGB♦L et la Ligue Luxembourgeoise d'Hygiène Mentale ont décidé d'allier leurs forces en vue de la création d'une plate-forme commune, visant la création d'un service à vocation nationale ayant pour objet "STRESS op der Aarbecht, Beroodungsstell". Ils s'engageront ensemble vis-à-vis des autorités compétentes, aux fins de pouvoir débloquer les fonds nécessaires permettant la mise en place et le fonctionnement d'un tel service national, qui aura comme missions principales :

- ♦ L'accueil téléphonique des personnes souffrant de stress au travail
- ♦ La dispense de conseils individualisés aux personnes souffrant du stress au travail
- ♦ L'organisation d'activités de relaxation aux personnes souffrant du stress au travail
- ♦ L'organisation de séminaires traitant le sujet du "Stress au travail"
- ♦ L'organisation d'actions et d'activités de sensibilisation relative à l'objet du service

Les maladies du stress une réalité méconnue !

Fatigue, irritabilité, douleurs ostéo-articulaires... ou même état de burn-out, dépressions : le stress peut entraîner des réactions néfastes. Ces effets sont plus ou moins graves, selon l'événement qui les provoque et la résistance de chacun à l'anxiété.

Le "stress" ou "syndrome général d'adaptation" a été défini par Hans SELYE en 1936 comme : "la réponse non-spécifique de l'organisme à toute demande qui lui est faite". Le stress est donc une réaction normale de l'organisme. Il permet de faire face à certains événements imprévus ou de s'adapter à des changements importants. Pourtant, il peut parfois être lié à des maladies dites "de l'adaptation". Elles apparaissent lorsque notre organisme n'arrive plus à faire face à des tensions permanentes et/ou répétitives. Notons que le stress ne crée à lui seul aucune pathologie.

Pourtant, sans aucun doute il joue un rôle important dans l'évolution de certaines affections préexistantes telles que l'asthme, la migraine, le diabète, etc. Lorsque notre corps est soumis à un stress trop important, il commence par tirer la sonnette d'alarme. Les signes suivants sont souvent observés :

- ♦ céphalées
- ♦ troubles du sommeil
- ♦ anxiété
- ♦ mal de dos
- ♦ troubles cardio-vasculaires (précordialgies, palpitations cardiaques, hypertension artérielle)
- ♦ troubles gastro-intestinaux

- ♦ troubles alimentaires (inappétence, boulimie, perte de poids)
- ♦ états dépressifs voire tentatives de suicide
- ♦ conduites toxicomaniaques (médicaments, nicotine, alcool)
- ♦ irritabilité
- ♦ nervosité
- ♦ troubles sexuels avec une baisse de la libido
- ♦ troubles de la concentration, baisse du rendement intellectuel



Entlassungen bei der HVB Luxembourg Willkür statt Sozialplan

Vor wenigen Tagen ließ die Direktion der Hypo Vereinsbank Luxembourg wissen, im Rahmen eines Sozialplans seien die Bedingungen ausgehandelt worden, unter denen 34 Beschäftigte auf die Strasse gesetzt werden sollen.

Das Syndikat Banken und Versicherungen des OGB♦L protestierte umgehend gegen dieses Vorgehen, weil dieser so genannte "Sozialplan" offensichtlich unter Missachtung der bisher in Luxemburg geltenden sozialpartnerschaftlichen Prinzipien ausgeheckt wurde. Denn ein Abkommen, das hausintern zwischen Direktion und Personaldelegation vereinbart wurde, kann man wohl kaum als regelrechten Sozialplan bezeichnen, auch dann nicht, wenn die Aleba nachträglich ihre Unterschrift unter das Papier setzt.

Mit ihrer Weigerung, die Gewerkschaften an den Verhandlungen zu beteiligen, hat die Direktion der HVB Luxembourg immerhin erreicht, dass über die Berechtigung der Entlassung von 34 Beschäftigten erst gar nicht diskutiert wurde. Diese Frage hätte aber unbedingt gestellt werden müssen, angesichts der Tatsache, dass die einheimische HVB-Filiale immer noch hervorragende Ergebnisse erzielt, was u. a. die zahlreichen Überstunden belegen, die von den Beschäftigten geleistet werden müssen.

Man muss demnach davon ausgehen, dass die 34 Entlassungen in Luxemburg sozusagen "solidarisch" im Rahmen des weltweit geplanten Stellenabbaus der HVB stattfinden, dem bis zum Jahr 2004 insgesamt 9.100 Beschäftigte zum Opfer fallen sollen. Dies allerdings, ohne die spe-

zifischen Bedingungen der luxemburgischen Filiale zu berücksichtigen. Nach dem Motto also: wo gehobelt wird, da fallen Späne, und wenn weltweit dermassen massiv abgebaut wird, dann kann die luxemburgische Filiale nicht ungeschoren davon kommen.

Das Syndikat Banken und Versicherungen des OGB♦L bezweifelt deshalb noch einmal die Unumgänglichkeit dieser Entlassungen, für die es, von Luxemburg aus gesehen, keine triftigen Gründe gibt. Darüber hinaus protestieren wir aufs Schärfste gegen die Tatsache, dass die Gewerkschaften von den Verhandlungen über einen Sozialplan ausgeschlossen wurden.

Syndikat Banken und
Versicherungen des OGB♦L

Bald britische Verhältnisse in Luxemburg? Gegen den Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen!

Seit Jahren kämpft der OGB♦L mit Engagement und Entschiedenheit gegen jegliche Privatisierungs- und Auslagerungsversuche im öffentlichen Dienst.

Nachdem vor wenigen Wochen, die Stadtverwaltung Esch/Alzette angekündigt hatte, Studien zur etwaigen Privatisierung, respektive Auslagerung der Stadtwerke in Auftrag gegeben zu haben, und erste Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, protestierte der OGB♦L als erste Organisation gegen das Prinzip und die undemokratische Vorgehensweise.

Eigentlich hatten wir uns erhofft, dass durch die sofortige Opposition des OGB♦L und anderer Gewerkschaften, die Verantwortlichen anderer Gemeinden, wie Ettelbrück, Diekirch oder Luxemburg-Stadt vorgewarnt seien, voreilige Schritte in Richtung Liberalisierung zu unternehmen.

Es sollte jedoch anders kommen. Der DP-CSV-Schöffenrat der Hauptstadt nahm in dieser Zeit der Sommerferienstimmung die Initiative, das Elektrizitäts- sowie das Gaswerk der Stadt Luxemburg in die Hände

eines Unternehmens privaten Rechtes zu übertragen.

Wie andere politische oder gewerkschaftliche Organisationen möchte der OGB♦L deshalb nochmals seine entschiedene Opposition gegen die Privatisierungspolitik ausdrücken und erklärt, dass er auf jeden Fall, alles in seiner Macht stehende unternehmen will, um diesen Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen und den Betrug am Bürger zu verhindern. Esch/Alzette und Luxemburg sind erste Beispiele. Folgen noch andere? Alles weist darauf hin, dass das Innenministerium, welches sich eigentlich für die Interessen der Gemeinden und ihrer Bürger einsetzen müsste, Befürworter dieser Liberalisierungs- und Auslagerungsoffensive ist, und sogar Druck auf die betroffenen Gemeinden auszuüben scheint, um schnellstens vollendete Tatsachen zu schaffen.

Währenddessen in Großbritannien es bereits Versuche gibt, die absolute Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen zurückzunehmen, meinen Luxemburger Politiker nun ein überlebtes Modell als Zukunftsmodell verkaufen zu müssen. Dies auf Kosten der öffentlich Beschäftigten und der Bürger als Konsumenten.

Der OGB♦L ist fest entschlossen, einer Plattform aller Gewerkschaften, Parteien und politischen Gruppierungen beizutreten, welche gegen diese Privatisierungsflut ankämpft. In diesem Kontext kann sich der OGB♦L mit der von „Déi Gréng“ vorgeschlagenen Energie-Tripartite anfreunden und ruft alle Beteiligten zu einem offenen und fairen Zusammenspiel im Interesse der öffentlich Beschäftigten und der gesamten Bevölkerung auf.

Die politischen Parteien und ihre Mandatäre müssen Farbe bekennen. Auf nationaler und lokaler Ebene gilt es, die öffentlichen Dienstleistungen im Interesse aller Bürger zu erhalten, zu verbessern und auszubauen.

Unterredung zwischen OGB♦L und dem Schöffenrat der Stadt Esch/Alzette Unterschiedliche Position zur Liberalisierung der städtischen Elektrizitätswerke

Kürzlich fand eine Unterredung zwischen dem Schöffenrat der Stadt Esch/Alzette,

vertreten durch Bürgermeisterin Lydia Mutsch und den Schöffen Felix Braz und André Hoffmann, sowie dem OGB♦L, vertreten durch André Roeltgen, Abteilungsleiter "Öffentlicher Dienst", Tom Jungen, Zentralsekretär für den Gemeinde-sektor, Jean-Marie Grober, Beamtenabteilung, und Jean-Paul Kohnen, OGB♦L-Delegierter im Arbeiterausschuss, statt.

Der OGB♦L hatte diese Unterredung angefragt, nachdem der vom Escher Schöffenrat in Auftrag gegebene Zwischenbericht über die Liberalisierung der Stadtwerke im Gemeinderat vorgestellt worden war, um einerseits Klarheit über die Lage des betroffenen Gemeindepersonals zu erhalten und andererseits in einem Informationsaustausch dem Schöffenrat seine Position zu dieser Liberalisierungspolitik zu verdeutlichen.

In ihren Erläuterungen unterstrichen Bürgermeisterin Lydia Mutsch und der zuständige Ressortschöffe Felix Braz, dass die Gemeinde Esch nicht am Ursprung dieser Initiative stehe, sondern dass die Gemeinden mit eigener Stromversorgung durch eine europäische Richtlinie und die entsprechende Umsetzung in nationales Recht dazu verpflichtet seien, die Liberalisierung der Stromversorgung in die Wege zu leiten. Deshalb sei bei einem spezialisierten, deutschen Expertenbüro eine Studie in Auftrag gegeben worden, in der alle möglichen Szenarien aufgezeigt würden, damit sich der Schöffenrat und der Gemeinderat in voller Kenntnis der Sachlage für die bestmögliche Variante entscheiden könnten. Der Schöffenrat bekräftigte jedoch, dass er keinesfalls vor habe, das städtische Stromnetz an einen Privatanbieter zu verkaufen, vielmehr wolle die Gemeinde auch in Zukunft sowohl Besitzer als auch Nutzer des kommunalen Stromnetzes bleiben.

Der Schöffenrat ist gewillt, ebenfalls die Personalvertreter weitestgehend in den Diskussionsprozess mit einzubeziehen und dabei ihre Anliegen zu berücksichtigen. Nach Erhalt des Abschlussberichtes, und bevor eine definitive Entscheidung getroffen wird, finden weitere Gespräche mit den Gewerkschaften statt, um eventuelle Vorbehalte beziehungsweise Vorschläge in den Entscheidungsprozess einfließen zu lassen.

Der OGB♦L bedauert, dass der Escher Schöffenrat nicht bereit war, zu diesem

Zeitpunkt eine verbindliche Aussage über die Zukunft des bei den städtischen Industriebetrieben beschäftigten Personals zu machen, mit dem Argument, es sei noch verfrüht, da die Diskussionen noch nicht abgeschlossen seien und der Abschlussbericht der Experten noch nicht vorliege. Eine Privatisierung der Stadtwerke im eigentlichen Sinne des Wortes sei jedoch bereits jetzt auszuschließen.

Der OGB♦L unterstreicht seinerseits, dass er es nicht hinnehmen wird, wenn Beamte oder Arbeiter der Escher Gemeinde, die zum Teil seit Jahrzehnten bei der Escher Gemeinde beschäftigt sind, über ihre Zukunft im Unklaren gelassen werden, unter dem Vorwand, man müsse einer europäischen Richtlinie Rechnung tragen, die schließlich auch Vorteile für die Stromverbraucher mit sich bringe. Besonders den Vertretern von fortschrittlichen und sozial eingestellten Parteien dürfte eine klare Position in dieser Sache eigentlich nicht schwer fallen. Der OGB♦L fordert den Schöffenrat klar und deutlich auf, schnellstmöglich in dieser Angelegenheit seine Verantwortung als Arbeitgeber zu übernehmen, um für Klarheit hinsichtlich des Statuts und der sozialen Absicherung der Beschäftigten der städtischen Industriebetriebe zu sorgen.

Der OGB♦L wird seinerseits die Diskussionen mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern der Stadt Esch, dem Innenminister, den politischen Parteien, sowie anderen interessierten Kräften suchen, um zu verhindern, dass die Liberalisierung respektive die Privatisierung von öffentlichen Infrastrukturen, die anscheinend keiner gewollt hat, dazu benutzt werden, um sichere Arbeitsplätze zu gefährden und soziale Errungenschaften abzubauen.

Öffnungszeiten im Sektor Handel Die Provokationen des Patronats verhindern eine Einigung

Am 16. Juli 2002 fand auf Wunsch der "Confédération Luxembourgeoise du Commerce" (CLC) eine Unterredung mit den Gewerkschaften OGB♦L und LCGB statt. Gegenstand dieses Gesprächs war der

Versuch, ein Abkommen über eine vom Patronat angefragte Erweiterung der Ladenöffnungszeiten an verschiedenen Samstagen und am Vortag von Feiertagen zu finden.

Obwohl die Gewerkschaften ihre Bereitschaft bekundet hatten zu einem positiven Abschluß der Gespräche beizutragen - und sie unter gewissen Bedingungen und Gegenleistungen bereit gewesen wären eine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten zu akzeptieren - scheiterten die Verhandlungen aufgrund der provokatorischen Haltung des Patronats.

Die Forderung der CLC waren erweiterte Öffnungszeiten an 7 Samstagen und am Vortag von 2 Feiertagen bis 20.00 Uhr. Sie wäre im Gegenzug bereit gewesen an Heiligabend und Sylvester, die Geschäfte um 16.00 Uhr zu schließen (wobei die CLC allerdings nicht einmal garantieren konnte, dass alle Geschäftsleute sich auch daran halten würden).

Die Gespräche scheiterten aber, weil das Patronat sich weigerte, die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten und damit die weitere Erschwerung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten durch eine Gegenleistung zu kompensieren. Das Patronat war nicht bereit über den von OGB♦L und LCGB geforderten 50%-igen Lohnzuschlag für jede geleistete Arbeitsstunde zwischen 18.00 - 20.00 Uhr zu diskutieren. Damit war der weiteren Verhandlung jede Diskussionsgrundlage gestohlen.

Die negative Haltung seitens der Handelsföderation ist um so mehr salaritätsfeindlich, wenn man weiß, dass es gerade der Sektor Handel ist, der immer noch Niedrigstlöhne, die oftmals nur dem sozialen Mindestlohn entsprechen, bezahlt. Seit Jahren ist es ebenfalls der



Sektor Handel, in dem immer neue Anforderungen an die Beschäftigten gestellt werden (Verschlechterung der Arbeitszeiten, Erweiterung der Öffnungszeiten, Sonntagsarbeit, Arbeitszeiten über 6 Tage/Woche verteilt). Im Gegenzug gibt es aber noch immer keine Bereitschaft seitens des Patronats mit den Gewerkschaften über eine Verbesserung der Löhne, der Arbeitszeiten und der Arbeitsbedingungen im allgemeinen im Sektor Handel zu verhandeln.

Die Gewerkschaften lassen sich nicht vom Patronat dazu missbrauchen, einen Freifahrtschein gegen die Interessen und Forderungen der Beschäftigten zu unterschreiben. Eine Diskussion über die Arbeitszeiten darf nicht zu einer Verschlechterung der Lebensqualität der Beschäftigten im Sektor Handel führen.

Wir bedauern zutiefst, dass das Patronat diese einmalige Gelegenheit nicht genutzt hat, um mit den Gewerkschaften ein positives Ergebnis auszuhandeln. Sollte die Handelsföderation nach dem Scheitern der Gespräche auf die Politik hoffen, um einseitig durch die Erweiterung der Öffnungszeiten die soziale Lage der Beschäftigten weiter zu verschlechtern, so wird sie auf den aktiven Widerstand des OGB♦L stoßen.

Syndikat Handel

« De Miwwel- a Mobbingchef »

Es gibt sie also doch noch, jene Sorte Leute welche es immer noch nicht verstanden haben, dass die Kolonialzeit und die Zeit der Unterdrückung nicht mehr ins Bild des 21. Jahrhunderts passen. So geschehen in den letzten Monaten und Wochen an der Autobahnausfahrt Capellen, wo eine alteingesessene

und angesehene Traditionsfirma mit dem schönen Namen „Miwwel a Kichechef“ sich niedergelassen hat.

Ein arroganter möchtegern Personalchef wütet hier mit der Duldung des Besitzers. Einige seiner markigen Sprüche:

- ♦ wenn es dir nicht gefällt, kannst du ja gehen;
- ♦ halt den Mund sonst fliegst du raus;
- ♦ hier bin ich der Boss und jeder hat nach meiner Pfeife zu tanzen.

Einige seiner Sprüche sind allerdings nicht druckreif.

Außerdem kürzt er willkürlich die Prämien, wechselt ohne Absprache die Arbeitsverträge, lässt Überstunden arbeiten ohne zu bezahlen, und, und, und.

Im Verständnis dieses Herrn sind Gewerkschaftsvertreter die sich trauen gegen ihn aufzubegehren "hirnlose Analphabeten und Unruhestifter".

Von sozialem Dialog hat dieser Herr noch nichts mitbekommen.

Sollte der Wunsch bestehen, so wäre der OGB♦L bereit die Kosten für einen solchen Weiterbildungskursus des Herrn Personalchefs zu bezahlen.

Liebe Freunde, solltet ihr in den nächsten Tagen und Wochen in Capellen einkaufen gehen, dann werdet Ihr verstehen, warum die Verkäuferin vielleicht nicht lacht und nicht so freundlich aussieht wie es sein könnte.

Syndikat Handel

Brasseries Luxembourgeoises Renouvellement des conventions collectives de travail pour ouvriers et employés

Récemment, la Fédération des Brasseurs Luxembourgeois d'une part et les syndicats contractants OGB♦L et LCGB, d'autre part, ont conclu les négociations en matière de renouvellement des conventions collectives de travail pour les ouvriers et employés des brasseries luxembourgeoises.

Au cours de leurs négociations, les partenaires sociaux ont discuté et analysé les points ci-après et sont arrivés aux conclusions suivantes :

1. Organisation de travail

Les parties ont convenu de maintenir le texte actuel de la convention collective de travail concernant l'organisation de travail et plus particulièrement la période de référence.

2. Politique de formation et insertion professionnelle

Le sujet de la formation a fait l'objet de discussion entre les partenaires sociaux. Des actions de formation pour les ouvriers des brasseries luxembourgeoises pourront être entreprises.

3. Egalité de traitement entre hommes et femmes

Les parties ont constaté que les dispositions contractuelles concernant l'accès à l'emploi, les conditions de rémunération etc. garantissent l'égalité de traitement entre hommes et femmes.

4. Harcèlement sexuel

Elaboration d'un texte dans la convention collective concernant le harcèlement sexuel et les sanctions disciplinaires qui peuvent être prises.

5. Rémunération du travail

Les salaires horaires individuels des ouvriers subiront une augmentation linéaire de :

- ♦ 0,15€ l'heure (rétroactif au 1er janvier 2002)
- ♦ Prime de vacances de 145.-€ non indexée, payable en juin 2002
- ♦ 0,15€ l'heure à partir du 1er janvier 2003
- ♦ Prime de vacances de 145.-€ non indexée, payable en juin 2003.

Les traitements mensuels individuels des employés subiront une augmentation linéaire de :

- ♦ 25,95€ (rétroactif au 1er janvier 2002)
- ♦ Prime de vacances de 145.-€, non indexée, payable en juin 2002
- ♦ 25,95€ à partir du 1er janvier 2003
- ♦ Prime de vacances de 145.-€, non indexée, payable en juin 2003.

Les deux conventions collectives entrent en vigueur le 1er janvier 2002 et ceci pour une durée de 2 ans.

OGB♦L, le LCGB et la Fédération des Brasseurs Luxembourgeois

Duscholux SA in Mensdorf Der Sozialplan steht

Nach über 2 Wochen harter Verhandlungen wurde bei der Firma Duscholux SA in Mensdorf zwischen dem OGB♦L und der Personalvertretung einerseits, sowie der Geschäftsleitung andererseits, folgende Vereinbarung zur Erstellung eines Sozialplanes im Rahmen der anstehenden Restrukturierung unterzeichnet. Bei diesen Verhandlungen ist es dem OGB♦L gelungen, durch die Ausnutzung nachstehender Maßnahmen, die ursprünglich geplanten 28 Entlassungen auf "nur" 9 Entlassungen zu beschränken:

- ♦ Arbeitszeitverkürzung: 5 Arbeitsplätze werden durch die Einführung der 38 Stundenwoche erhalten, die ab dem 1.1.2003 für die Dauer von 2 Jahren eingeführt wird. Die entstehende Lohneinbuße wird nicht im monatlichen Lohn abgezogen, sondern einmalig bei der Auszahlung des 13. Monatsgehalts.
- ♦ 10 Arbeitnehmer werden von der Firma Belaton in Sandweiler, einer Schwesterngesellschaft der Duscholux in Mensdorf, übernommen. Während 6 Monaten erhalten diese 10 Arbeitnehmer den gleichen Lohn wie bei der Duscholux, anschließend werden sie unter der Anerkennung ihrer vorherigen Firmenzugehörigkeit gemäß dem Belaton-Kollektivvertrag entlohnt.
- ♦ Teilzeitarbeit: 1 Arbeitsplatz bleibt dadurch erhalten, dass zwei Arbeitnehmerinnen auf Teilzeitarbeit umsteigen.
- ♦ 3 Arbeitnehmer können von der vorzeitigen oder frühzeitigen Rente profitieren.

Für die von der Geschäftsleitung erstellte und vom Personalausschuss überprüfte Liste der restlichen 9 Arbeitnehmer, welche durch die Restrukturierung Opfer der Entlassung werden, wurden folgende gesetzlichen und außergesetzlichen Vereinbarungen getroffen:

- ♦ Eine Kündigungsfrist für sämtliche Arbeitnehmer, ohne Berücksichtigung der Betriebszugehörigkeit, von 6 Monaten.
- ♦ Eine gesetzliche Abgangsentschädigung je nach Betriebszugehörigkeit:
1 Monat bei 5 bis 10 Jahren
2 Monate bei 10 bis 15 Jahren
3 Monate bei 15 bis 20 Jahren
6 Monate bei 20 bis 25 Jahren

9 Monate bei 25 bis 30 Jahren
12 Monate ab 30 Jahren

- ♦ Eine zusätzliche Entschädigung, die 3 Bruttomonatslöhnen entspricht.
- ♦ Eine Entschädigung von 2000€ pro unterhaltspflichtigem Kind.
- ♦ Falls ein Arbeitnehmer den Wunsch einer Freistellung vor Ende der Kündigungsfrist äußert, ist Duscholux bereit diesen Mitarbeiter freizustellen. In diesem Fall werden die verbleibende Kündigungsfrist als Prämie (50% des verbleibenden Bruttolohnes), sowie die gesetzlichen und außergesetzlichen Entschädigungen, die in diesem Sozialplan festgehalten sind, ausgezahlt.
- ♦ Jeder Arbeitnehmer hat Anrecht auf 6 Tage Sonderurlaub zur Stellensuche.
- ♦ Jeder Arbeitnehmer, der im Jahr 2002 im Rahmen des Sozialplans den Betrieb verlässt, hat Anrecht auf den vollen 13. Monat. Diejenigen, die im Jahr 2003 den Betrieb verlassen, bekommen eine Prorata Zahlung.
- ♦ Die Betriebsleitung übernimmt alle administrativen Schritte zur steuerlichen Befreiung, der durch diesen Sozialplan zur Auszahlung kommenden zusätzlichen Prämien. Ebenso sollen die Arbeitnehmer in den Genuss der staatlichen Wiedereinstellungshilfe (aide au réemploi) und der geographischen Mobilitätshilfe (aide à la mobilité géographique) gelangen.

Abschließend bedauert der OGB♦L jedoch, dass der Duscholux-Verwaltungsrat abgelehnt hat, weitere Arbeitnehmer bei Belaton zu beschäftigen, obwohl hier noch Möglichkeiten bestanden hätten.

Belaton S.A. in Sandweiler Erneuerung des Kollektivvertrages

Am 2. August 2002 wurde unter Federführung des OGB♦L die Erneuerung des Arbeiterkollektivvertrages der Firma Belaton S.A. aus Sandweiler unterzeichnet. Zu bemerken bleibt, dass die Verzögerung der Unterschrift auf das Warten auf eine Antwort des Arbeitsministers zurück zu führen ist, der sich über die Einführung einer neuen Arbeitszeitregelung, die nicht per Gesetzestext festgehalten ist, aussprechen musste.

Der bestehende Kollektivvertrag wurde nun für die Dauer von 3 Jahren und zwar rückwirkend vom 1.1.2002 bis zum 31.12.2004 verlängert. Folgende Verbesserungen wurden verhandelt:

- ♦ Jeweils zum 1. Januar 2002, 2003 und 2004 erhält jeder Arbeiter eine Stundenlohnerhöhung von 0,12€/ Stunde
- ♦ Erhöhung der Mitarbeiter der Versandabteilung um eine Lohngruppe
- ♦ Erhöhung des Urlaubsgeldes
- ♦ Erhöhung des Betriebszugehörigkeitsurlaubes um 1 Tag auf maximal 3,5 Tage
- ♦ Einführung einer Sonderprämie für Verbesserungsvorschläge
- ♦ Einführung einer neuen Arbeitsorganisation sowie einer neuen Arbeitszeitregelung mit einem 2 Schichtsystem, wobei die Arbeiter bei Mittagsschicht bereits am Freitag Nachmittag frei sind
- ♦ Einführung eines bezahlten Sozialurlaubes von 16 Stunden im Jahr

Husky SA Dudelange Erneuerung des Kollektivvertrages

Am 1. August 2002 wurde, nach kurzen Verhandlungen in einem guten sozialpartnerschaftlichen Klima, die Erneuerung des Kollektivvertrages für die Angestellten und Arbeiter der Firma Husky Injection Molding Systems SA in Düdelingen von OGB♦L und dem gemischten Betriebsrat einerseits, sowie der Betriebsleitung andererseits unterzeichnet.

Demnach wurde der bestehende Kollektivvertrag für die Dauer von drei Jahren und zwar vom 1.1.2002 bis zum 31.12.2004 verlängert. Folgende Verbesserungen wurden verhandelt:

- ♦ Jeweils zum 1. Januar 2002, 2003 und 2004 wird die Arbeitslohnmasse um 1,5%, mittels einer selektiven Lohner-

höhung im Rahmen eines internen Bewertungssystems erhöht.

- ♦ Erhöhung der Nachtschichtprämie von 15 auf 25%. Dadurch entfallen die durch Freizeit ersetzten Nachholzeiten.
- ♦ Eine Lebensversicherung für jeden Mitarbeiter von Husky SA Düdelingen
- ♦ Jeder Lehrling, der seine Gesellenprüfung bestanden hat, bekommt einen Arbeitsvertrag von mindestens 6 Monaten.
- ♦ Einführung einer minimalen Lohnstaffelung.
- ♦ Zusatzregelung für die "hors cadres"

Syndikat Metallverarbeitende Betriebe und Garagen

Nouvelle brochure sur la loi des intempéries

L'automne approche et l'hiver n'est plus loin. C'est dans cette période que les conditions de travail dans le secteur du



bâtiment devient de plus en plus

pénibles et que les travaux sur les chantiers doivent des fois être interrompus à cause des conditions climatiques.

En 1995 la loi réformée sur les intempéries, qui règle les conditions d'octroi d'une rémunération de compensation pour les salariés en cas d'interruption involontaire du travail due aux intempéries, a été introduite au Luxembourg

Vu les maintes questions et appels téléphoniques que l'OGB-L reçoit régulièrement sur les intempéries, le syndicat Bâtiment de l'OGB-L a décidé de publier une brochure sur ce thème. La brochure "Le chômage dû aux intempéries" est structurée en 23 questions et réponses sur la matière. En annexe de la brochure se trouve le texte de la loi. Cette brochure est dès maintenant disponible dans tous les bureaux régionaux de l'OGB-L.

Neue Broschüre über die Schlechtwetterregelung

Es wird wieder Herbst und der Winter steht vor der Tür. Zu dieser Zeit herrschen besonders schwere Arbeitsbedingungen in der Baubranche. Oft müssen



die Arbeiten auf Grund der schlechten Wetterverhältnisse unterbrochen werden.

Im Jahre 1995 trat das abgeänderte Gesetz über die Schlechtwetterregelung in Luxemburg

in Kraft. Dieses Gesetz regelt unter anderem die Modalitäten für die Entschädigung des Verdienstaufalles wegen Arbeitsunterbrechung auf Grund der schlechten Wetterverhältnisse.

Wegen der zahlreichen Nachfragen über die Bestimmungen dieses Gesetzes, hat das Syndikat Bau des OGB-L eine Broschüre in Form von 23 Fragen und Antworten über die Schlechtwetterregelung herausgegeben. Im Anhang befindet sich der integrale Gesetzestext in deutscher Übersetzung. Diese Broschüre ist ab sofort in allen Regionalbüros des OGB-L erhältlich.

Projet d'accord de CCT approuvé chez Guardian Automotive Europe à Grevenmacher.

Le 18 septembre le personnel ouvrier de Guardian Automotive Europe à Grevenmacher vient d'approuver par 71% des votes (229 oui, 95 non) le projet de convention négocié par l'OGB-L, seul syndicat contractant présent dans l'entreprise.

Cet accord prévoit entre autres

- ♦ une évolution des salaires liée tant à l'ancienneté qu'à une révision de la grille salariale. L'évolution combinée de la carrière et de la grille est évaluée globalement à 3.3% de la masse salariale en 2003, à 2.7% en 2004 et à un peu plus de 1% en 2005.
- ♦ les primes pour les prestations de nuit passeront de 15% à 17% au 1.1.2003 et à 20% au 1.1.2005. Cette augmentation est évaluée à 0.4% de la masse salariale en 2003 et à 0.6% en 2005,
- ♦ la prime de dimanche passe de 70% aujourd'hui à 75% au 1.1.2003, évaluée à 0.4% de la masse salariale en 2003,
- ♦ divers avantages extra-légaux, tels qu'une participation aux frais de route et une prime de présence, sont intégrés dans la convention,
- ♦ une prime exceptionnelle et unique de 150€ bruts sera payée en octobre 2002 à l'ensemble du personnel ouvrier,
- ♦ durée de la convention : 3 années, du 1.09.2002 au 31.08.2005.

Nous reviendrons plus en détail sur le contenu de cette convention dans un de nos prochains numéros.

Syndicat Chimie



Luxair ouvriers Augmentation des salaires de 2 % pour l'année 2002

Sur initiative de l'OGB♦L, un avenant à la convention collective des ouvriers occupés auprès de Luxair s.a. fut signé en date du 17 septembre 2002.

Cet accord retient les conclusions suivantes :

1. Augmentation linéaire des salaires de 2%, rétroactivement au 1er janvier 2002
2. Prolongation de la prime de présence pour la période du 1er janvier 2002 au 31 décembre 2002
3. Prolongation de la convention collective actuellement en vigueur pour la durée d'un an, c.-à-d. du 1er janvier 2002 au 31 décembre 2002
4. Continuation des négociations sur tous les autres points du cahier de revendications, c'est-à-dire :
 - ♦ Week-end libre après 4 semaines de travail
 - ♦ Augmentation du supplément pour travail de nuit de 22% à 30%
 - ♦ Augmentation linéaire des salaires de 3% pour les autres années de la convention collective
 - ♦ Augmentation des jours de congé de 25 à 26 jours par an
 - ♦ Révision complète du système des primes, y compris la prime de présence
 - ♦ Révision complète de la classification des postes
 - ♦ Révision complète des descriptifs des postes
 - ♦ Révision de la grille des salaires

- ♦ Application du plan de prévoyance de Luxair aux ouvriers
- ♦ Discussion au sujet de l'établissement d'un plan de formation



Container Logistics Bettembourg Négociations pour une première convention collective en cours

Après des problèmes de démarrage, la société CLB s.a. (Container Logistique Bettembourg), a marqué son accord pour négocier une première convention collective pour son personnel ouvrier et employé privé.

CLB s.a. est une succursale des CFL occupant environ 40 salariés. L'activité principale de la société est le handling du fret ferroviaire transporté dans des conteneurs. Les élections sociales de 1998 ont été gagnées par l'OGB♦L qui est la seule organisa-

tion syndicale représentée au sein de la délégation du personnel.

Lors des deux réunions de négociations qui ont eu lieu le 7 août 2002 et le 17 septembre 2002, les partenaires sociaux ont discuté, dans un esprit et un climat constructif, sur les points suivants :

- ♦ Champ d'application de la convention
- ♦ Embauche et résiliation du contrat de travail
- ♦ Congés et plans de congé
- ♦ Sécurité
- ♦ Politique de formation et formation continue
- ♦ Égalité de traitement entre hommes et femmes
- ♦ Lutte contre le chômage

La continuation des négociations aura lieu les 11 octobre et 7 novembre 2002.

Internationale TRANSPORTARBEITER- FÖDERATION ITF Frauenausschuss

Der ITF-Frauenausschuss (Internationale Transportarbeiterföderation) kam am 22. April 2002 in London zusammen. Folgende Themen standen auf der Tagesordnung:

- ♦ Netzwerk und Bildungsaktivitäten;
- ♦ Unterstützung für Frauen, die sich verstärkt in der Gewerkschaft engagieren möchten;
- ♦ Unterstützung der Frauen bei der Ausbildung von Fähigkeiten und Techniken, im Kampf um eine Verbesserung ihrer Beschäftigungsbedingungen;
- ♦ Verbesserung der Mitgliederwerbung der ITF-Gewerkschaften unter Frauen.

Drei Anträge wurden für die kommende Frauenkonferenz angenommen:



- 1) Gewalt gegen Frauen
- 2) Grundrechte der Frauen
- 3) Frauen und Globalisierung

Einstimmig wurde beschlossen, eine weltweite Kampagne zu führen, die den Akzent gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Schikanen, Gesundheit und Sicherheit legen soll. Hierbei soll den regionalen Unterschieden Rechnung getragen werden. Um auch in Zukunft neue Frauen für die Gewerkschaft zu gewinnen, wurde beschlossen, sich verstärkt der Problematik der Verbindung einer gewerblichen Tätigkeit und der familiären Verpflichtungen anzunehmen. Die Botschaft dieser Kampagne soll nicht nur die einzelnen ITF-Mitgliedsgewerkschaften erreichen, sondern auch Frauen außerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Damit die Gewerkschaften an Glaubwürdigkeit gewinnen und die Mitgliederwerbung unter Frauen erleichtert wird, ist eine ernsthafte Diskussion über das altmodische, männerdominierende Erscheinungsbild in bestimmten Gegenden der Welt unabdingbar.

Die Grundrechte der Frauen sollen in einer weiteren Kampagne, die nächstes Jahr anläuft, in den Mittelpunkt gesetzt werden. Die Kampagne soll alle Probleme, denen Frauen im Transportsektor ausgesetzt sind, behandeln.

Annette Schuler-Vandepuette
Gleichstellungsdelegierte Luxair

La journée syndicale du Syndicat Alimentation et Hôtellerie

aura lieu le

**samedi 12 octobre 2002
à 15.00 heures**

dans la salle des fêtes de la Commune de
Lorentzweiler

Ordre du jour :

- ◆ Allocution de bienvenue par le président du syndicat, Eric Bar
- ◆ Rapport d'activités présenté par Romain Daubenfeld, secrétaire central
- ◆ Présentation, discussion et vote du programme d'activités
- ◆ Présentation de la nouvelle loi HORECA par Tom Jungen
- ◆ Discours du président de l'OGB♦L, John Castegnaro
- ◆ Divers

Journée nationale des chauffeurs 2002

Membres donateurs

ACAL section Ettelbruck-Diekirch-Vianden-Bissen
BREUER Jacqueline, Sandweiler
HOFFMANN-SIMON Sonja, Hautcharage
DUPONT Jean, Luxembourg
GOERENS-HAWA Nicolas, Niederfeulen

Membres d'honneur et sponsors

ACAL section Pétange-Differdange-Esch/Alzette
ACAL section Luxembourg
ACAL section Steinfort-Noerdange
OGB♦L section Mondorf
OGB♦L section Esch/Alzette
OGB♦L section Rumelange
OGB♦L section Echternach
OGB♦L section Mersch
OGB♦L section Niederdonven
OGB♦L section Neudorf-Clausen
OGB♦L section Ettelbruck
OGB♦L section Rodange-Lamadelaine-Lasauvage
OGB♦L section Beckerich
OGB♦L section des frontaliers français Audun-le-Tiche
OGB♦L section des frontaliers français Audun-le-Tiche
OGB♦L section Grevenmacher
RIES-FRIDEN Edouard, Goetzingen
CAMPORESI François, Campo-Sport, Bertrange
BATELEC S.A., Foetz
Imprimerie Mil Schlimé s.à r.l., Bertrange
DICKES Luc s.à r.l., Mondercange
Boutique CASSIS, City Concorde, Bertrange
Brasserie Simon, Wiltz
Tageblatt, Esch/Alzette
P & V Assurances, Luxembourg
Le Crédit Européen, Luxembourg
AMDC Sarl, Contern

Journée internationale d'action dans le transport routier le 15 octobre 2002 : Luttons pour de meilleures conditions sociales

Pour la 6e fois, l'ITF (Fédération Internationale des Travailleurs du Transport) organisera, en date du 15 octobre 2002 (mardi), la «Journée Internationale d'Action» dans le transport routier. Le leitmotiv est de nouveau «La fatigue tue !». Dans le monde entier, les syndicats mettront l'accent sur les conditions sociales catastrophiques dans le secteur du transport routier. En tant que membre de l'ITF, l'OGB♦L-ACAL participera à cette action. Ensemble avec les camarades français (Force ouvrière et CGT) et allemands (syndicat ver.di) nous mettrons en place des barrages filtrants sur les autoroutes A1 (Wasserbillig: frontière germano-luxembourgeoise) et A3 (Dudelange: frontière franco-luxembourgeoise). Une participation massive de nos membres est nécessaire et importante. L'action durera de 6h00 jusqu'à 9h30.

Qui est visé par l'action ?

- ♦ Les conducteurs professionnels : Ils manifesteront ce jour-là pour obtenir de meilleures conditions sociales.
- ♦ Les membres des familles des conducteurs professionnels : Ils veulent être sûrs que leur conjoint, père ou mère rentrera en toute sécurité.
- ♦ Employeurs : surtout ceux qui exigent de leurs conducteurs un dépassement de la législation sur les temps maxima de conduite et les temps minima de repos.
- ♦ Les responsables politiques : C'est eux qui «inventent» les règlements.
- ♦ Les organes de contrôle : Ils doivent veiller à ce que les dispositions légales soient appliquées.
- ♦ Le commerce et les consommateurs : Ils exigent des délais de livraison de plus en plus courts de sorte que les conducteurs de pourront pas respecter les heures de conduite et de repos.
- ♦ Le public : chaque automobiliste veut être certain que sa vie ne sera pas mise en danger par un conducteur de camion ou d'autobus épuisé et fatigué.

Cette liste pourra être complétée par des sujets nationaux : les négociations pour le renouvellement de la convention collective pour les chauffeurs de camions ; le paiement de toutes les heures prestées ; le dumping social à la Kralowetz.

Les membres qui veulent participer aux barrages filtrants sont priés de contacter le secrétariat de l'OGB♦L-ACAL, au numéro de téléphone 26 02 14-1.

Internationaler Aktionstag im Straßentransport am 15. Oktober 2002: Kämpfen für bessere Sozialbedingungen

Zum 6. Mal findet am kommenden 15. Oktober 2002 (Dienstag) der Internationale Aktionstag im Straßentransport der ITF (Internationale Transportarbeiter Föderation) statt. Als Mitgliedsgewerkschaft der ITF, beteiligt sich der OGB♦L-ACAL erneut am Aktionstag, der unter dem Motto steht: „Übermüdung tötet!“. Weltweit machen die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften an diesem Tag auf die katastrophalen Arbeitsbedingungen im Straßentransport aufmerksam. Zusammen mit unseren Kameraden aus Frankreich (Force ouvrière und CGT) sowie aus Deutschland (Gewerkschaft ver.di) organisieren wir filtrierende Grenzblockaden auf den Autobahnen A1 (Wasserbillig: Grenze Deutschland-Luxemburg) und A3 (Dudelange: Grenze Frankreich-Luxemburg). Eine massive Präsenz unserer Mitglieder ist von äußerster Wichtigkeit. Die Aktion dauert von 6.00 Uhr bis 9.30 Uhr.

An wen richtet sich der Aktionstag?

- ♦ An alle Berufskraftfahrer: Sie sollen an diesem Tag ein Zeichen setzen und auf ihre berechtigten Forderungen nach besseren Sozialbedingungen aufmerksam machen.
- ♦ An alle Familienangehörigen der Berufskraftfahrer: Sie wollen sicher sein, dass ihr Partner respektive ihr Vater oder ihre Mutter sicher wieder nach Hause kommen werden.
- ♦ An die Arbeitgeber: Insbesondere jene, die von ihren Fahrern erwarten, dass sie unrealistische Vorgaben einhalten und sich über geltende Vorschriften hinwegsetzen.
- ♦ An die Politiker: Sie machen die Vorschriften.
- ♦ An die Kontrollorgane: Sie sollen die Einhaltung der Vorschriften kontrollieren.
- ♦ An den Handel und die Endverbraucher: Sie erwarten Lieferzeiten, die ohne lange Lenk- und unzureichende Ruhezeiten nicht einzuhalten sind.
- ♦ An die Öffentlichkeit: Jeder Verkehrsteilnehmer will sicher sein, dass sein Leben nicht durch übermüdete Lkw- und Busfahrer gefährdet ist.

Hinzu kommen nationale Themen: die festgefahrene Lage in den Kollektivvertragsverhandlungen für Lkw-Fahrer; die Bezahlung aller geleisteten Arbeitsstunden; das Sozialdumping nach dem Kralowetz-Modell.

Kollegen, die sich an einer der Filter- Blockadeaktionen beteiligen möchten, sollen sich im Sekretariat des OGB♦L-ACAL, unter der Telefonnummer 26 02 14-1, melden.



Beaucoup de questions, mais pas de réponses

Ces dernières semaines, plusieurs communiqués de la Commission Frontaliers Belges du LCGB-CSC ont soulevé beaucoup de questions sans apporter de réponses pertinentes.

La réaction des travailleurs frontaliers ne se faisant pas attendre, les bureaux de l'OGB♦L sont à chaque fois sollicités par ces personnes à la recherche de ces soit-disant bonnes nouvelles.

Dans le meilleur style de la presse-boulevard, le titre criard incite à voir de plus près. Malheureusement, mis à part quelques vagues suppositions, on ne trouve généralement que de l'eau bénite de cour, mais pas les réponses concrètes qu'on était en droit d'attendre.

Nous n'avons pas besoin de remonter au déluge pour le démontrer. Il n'est pas dans notre habitude de poser des colles aux auteurs des articles de presse, mais ceux concernant l'assurance dépendance nous y obligent.

La réponse du Ministre belge des Affaires Sociales, Frank Vandenbroucke ne contient aucun fait nouveau. En effet, aucun accord n'a été signé entre les deux pays. Pour le moment, il existe un gentlemen-agreement entre les deux pays dont on ne trouve pourtant aucune trace écrite. Beaucoup de questions restent donc en suspens, car il reste beaucoup de détails à régler.

Ainsi, la cellule d'évaluation du degré de dépendance ne peut toujours pas se rendre sur le territoire belge. L'évaluation doit pourtant s'y faire, mais par qui ? Suivant quels critères ? Qu'en est-il en cas de prestations ne figurant pas dans la nomenclature luxembourgeoise ?

Comment peut-on prétendre assister à une amélioration d'un règlement européen alors que le Ministre admet dans sa réponse qu'il n'est souvent pas évident de savoir si l'assurance dépendance tombe sous le champ d'application de la réglementation européenne.

Mais que les frontaliers se rassurent. L'OGB♦L ne vient pas seulement de découvrir le dossier assurance-dépendance maintenant. Faut-il rappeler qu'il s'était attiré les foudres du Premier Ministre J.-Cl. Juncker en mars 1997. Si le Premier Ministre avait en son temps déclaré la guerre à l'OGB♦L au cours de son briefing du vendredi, c'est justement à cause des divergences de vue fondamentales existantes au sujet de cette assurance-dépendance excluant les travailleurs frontaliers. Ces derniers auraient dû cotiser dans la même mesure que les travailleurs résidents mais n'auraient pas eu droit aux prestations. L'OGB♦L s'y était fermement opposé et avait obtenu gain de cause.

Après avoir été le premier à réagir bien avant la mise en application de l'assurance-dépendance, l'OGB♦L saura certainement encore défendre à l'avenir les intérêts de tous les frontaliers dans ce dossier. Et ceci sans trompeter en permanence sur la place publique. L'OGB♦L vient d'en donner, une fois de plus, un exemple pertinent. Au lieu de masquerade carnavalesque, théâtre de rue, conférence de presse et autres autour du problème du harcèlement psychique, un projet de loi à ce sujet portant la griffe de l'OGB♦L vient d'être déposé par le député Lucien Lux à la Chambre des Députés étayant une fois de plus sa philosophie de préférence à la présence efficace sur le terrain que la recherche de l'impact médiatique.

Intérêts débiteurs sur prêts hypothécaires au bénéfice des frontaliers belges

Entrevue avec la Direction des Contributions luxembourgeoise

Différents articles parus dans la presse ces derniers temps, notamment en relation avec la possibilité de déduction des intérêts débiteurs sur prêt hypothécaire au bénéfice des frontaliers belges, posaient plus de questions qu'ils n'apportaient de réponses.

Suite à la demande de l'OGB♦L adressée au Ministre des Finances M. J.-Cl. Juncker, une délégation a eu une entrevue avec la Direction des Contributions luxembourgeoise le 23 juillet 2002.

Au cours de cette entrevue, la Direction des Contributions affirmait que l'article 24 de la convention fiscale belgo-luxembourgeoise a toujours été respecté à la demande du contribuable frontalier belge. A noter que sur les quelque 40 conventions bilatérales actuellement en vigueur, cette convention est unique dans ce sens et ne pourra pas être appliquée aux autres frontaliers sauf modifications de ces conventions.

Suite à un arrêt du Tribunal Administratif quant à l'interprétation de l'article 134 L.I.R., l'imprécision de cet article a été rectifiée

par la loi du 21 décembre 2001. Aucune rétroactivité n'étant prévue par cette loi, ces intérêts débiteurs ne seront donc pris en compte qu'à partir de l'année d'imposition 2002. L'Administration des Contributions ne sera donc pas en mesure d'accorder une rétroactivité. Il ne restera que l'introduction d'un recours devant le tribunal administratif pour pouvoir bénéficier éventuellement d'une rétroactivité.

Toutefois, la Direction des Contributions a fait savoir que pour bénéficier d'une réduction d'impôt au Luxembourg en déclarant les intérêts débiteurs sur prêt hypothécaire, les frontaliers devront suffire aux conditions requises, un effet négatif n'étant pas à exclure.

La procédure pour la détermination de la valeur locative de l'immeuble se situant en Belgique est actuellement en cours de réflexion.

Concernant l'avenant négocié dernièrement et portant notamment sur les agriculteurs luxembourgeois, les pensions complé-

mentaires (2e pilier), ainsi que l'imposition des chauffeurs belges occupés par une société luxembourgeoise, les textes seront soumis aux différentes instances dans les mois à venir. L'application des nouvelles mesures est prévue à partir de l'année 2003. En clair, le chauffeur imposé abusivement par l'administration belge devra continuer à introduire une réclamation en faisant référence à l'arrêt de la Cour de Cassation du 6 novembre 2000 dans l'affaire Friedrichs.

Comme la situation de chaque ménage est nécessairement différente, les permanences de l'OGB♦L pour frontaliers belges peuvent être contactées pour tous renseignements complémentaires.

Les 2, 3, 4 et 5 octobre 2002, les syndicats OGB♦L et LCGB organisent un colloque sur les conditions de travail au Grand-Duché de Luxembourg.

Après 8 années de la transposition de la directive-cadre santé et sécurité 89/ 391/ CEE, en droit luxembourgeois, loi du 17 juin 1994 concernant la santé et la sécurité des travailleurs au travail, ils nous semble opportun et intéressant de faire avec tous les acteurs du marché du travail le point sur la situation actuelle luxembourgeoise et européenne.

En consultant les publications européennes sur les accidents du travail (SEAT) on comprend que, la situation en Europe ne s'est pas améliorée. D'ailleurs l'exposé sur la 3e enquête de l'année 2000 sur le bien-être au travail en Europe de la Fondation européenne pour l'amélioration des conditions de vie et de travail de Dublin ne fait que confirmer cette tendance. Cette enquête qui nous sera présentée par un des responsables de la Fondation lors de ce colloque permettra de voir et comprendre le travail gigantesque qu'il y a encore à faire pour diminuer les souffrances humaines des travailleurs (hommes et femmes) en Europe.

Mais aussi chez nous au Luxembourg, la situation du point de vue des accidents de travail ne s'est pas améliorée malgré une certaine volonté de la plupart des intéressés :

23.306 accidents de travail pour l'année 2000
90 déclarations d'accidents / jour travaillé
1 accident mortel tous les 15 jours

Un bilan préoccupant. Des chiffres effrayants qui devraient faire réfléchir chaque responsable politique ou économique.

Pendant ce séminaire de 4 jours, les délégués à la sécurité seront à l'écoute des professionnels de la santé et de la sécurité européenne et luxembourgeoise. Il sera aussi l'occasion, de soulever un certain nombre de préoccupations qui émergent: comment assurer le respect des règles ? comment répondre à l'évolution du travail ? avoir un échange d'expériences entre responsables au niveau institutionnel les personnes du terrain et trouver des pistes pour améliorer les conditions de travail des travailleurs.

Programme

Mercredi, 2 octobre

8h30 : Rendez-vous au Centre de Formation à Remich - Visite d'entreprise

14h00 : Présentation du programme, objectif du colloque, présentation des documents pédagogiques avec la présence des responsables syndicaux de l'OGB♦L et de LCGB ainsi que les responsables de formation Mme Renata Santini (OGB♦L) et M. Nico Hoffmann (LCGB).

Jeudi, 3 octobre

matin : Présentation de l'enquête "Bien-être au travail" de la Fondation de Dublin par M. Jean-Michel Miller

après-midi : La surveillance de la santé des travailleurs du Grand-Duché par le Dr Carlo Steffes (Direction de la Santé, Division de la Santé au Travail)

Vendredi, 4 octobre

matin : La mise en pratique et le contrôle des directives santé/sécurité au travail du Grand-Duché par M. Paul Weber (Inspection du Travail et des Mines)

après-midi : La sécurité au travail - prévention des accidents de travail. De la déclaration à l'analyse par M. Jean-Paul Demuth (Association d'Assurance contre les Accidents)

Samedi, 5 octobre

matin : S'adapter aux changements du travail et de la société: une nouvelle stratégie communautaire de santé et de sécurité 2002-2006 par M. Angel Fuente (Commission Européenne)

Le combat syndical pour le bien-être du travail dans l'Union Européenne -
Claudio Sonda, Belgique – Beppe Baffert, Italie – Antoine Giardin, Luxembourg

Chambre de travail

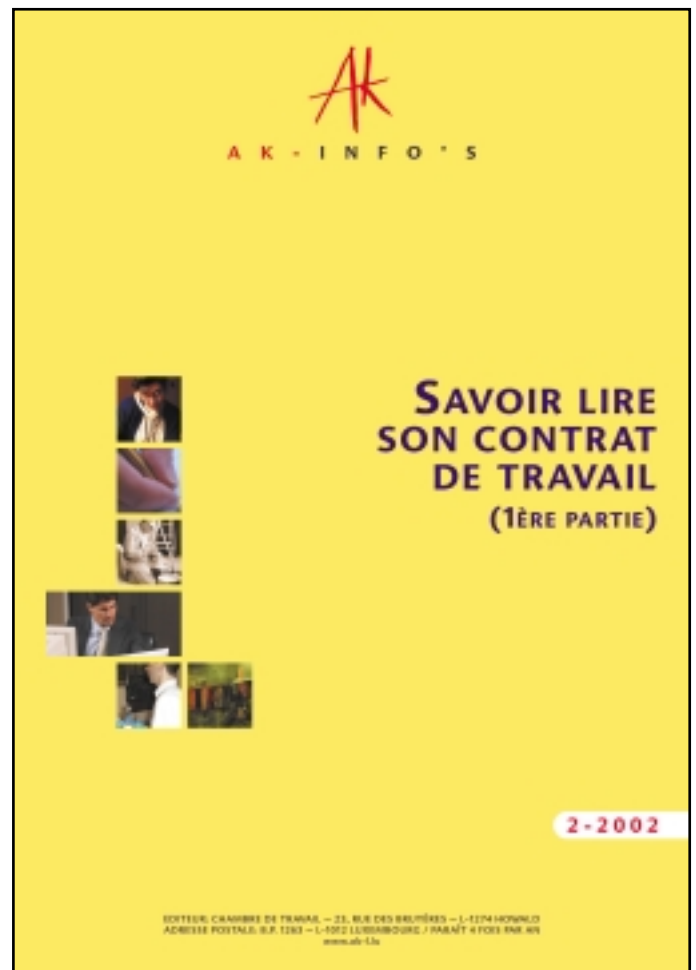


AK-INFO'S 2/2002 : SAVOIR LIRE SON CONTRAT DE TRAVAIL

Le 2e numéro de la publication trimestrielle AK-Info's de la Chambre de travail vient de paraître sous le titre "Savoir lire son contrat de travail".

La loi modifiée du 24 mai 1989 sur le contrat de travail étant souvent perçue comme indigeste pour le commun des mortels, nous essayons d'en vulgariser la quintessence en prenant comme base un modèle de contrat de travail.

Plutôt que de faire une analyse approfondie article par article de la loi susvisée, démarche qui est le propre des juristes, nous préférons attirer l'attention du salarié sur la signification et les effets des différentes clauses qui doivent ou peuvent figurer dans un



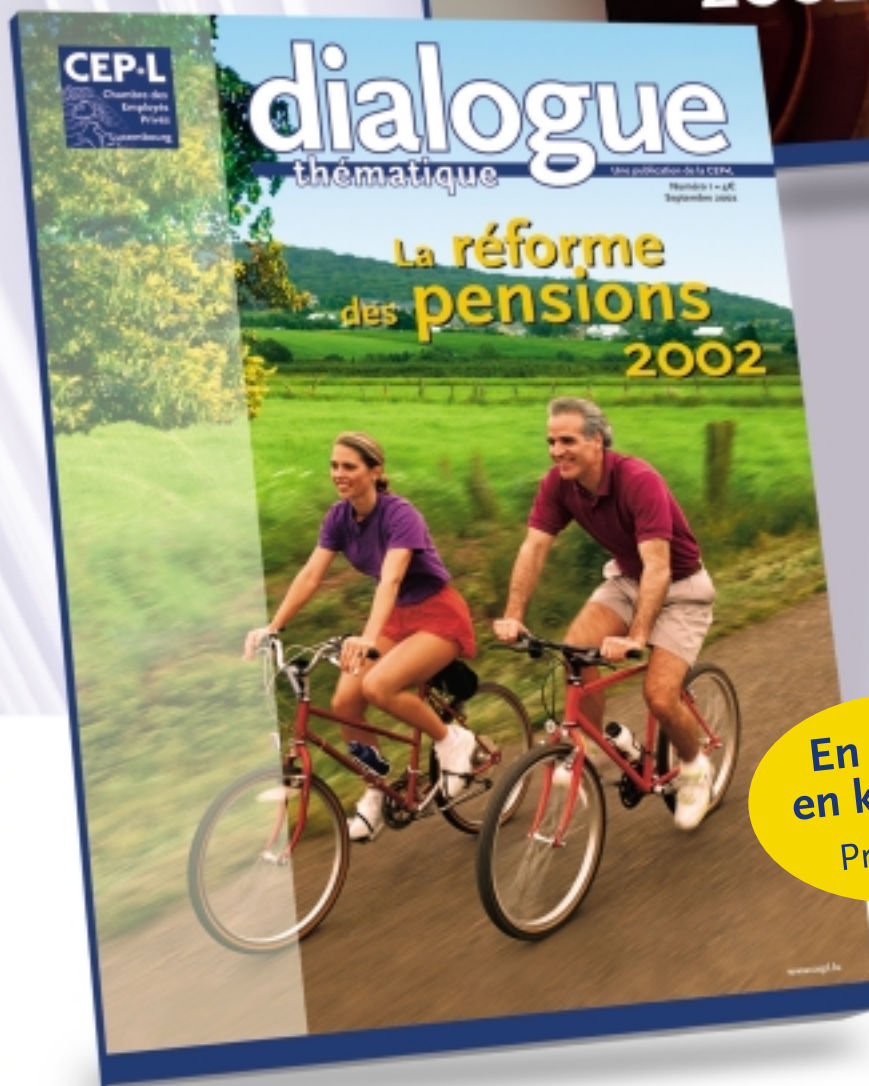
contrat de travail et fournir des explications sommaires pour chacune d'entre elles.

Dans une de nos prochaines publications, nous essayerons de présenter les dispositions de la loi qui font référence à l'exécution et à la résiliation du contrat de travail.

Il est clair que cette brochure ne remplace pas les dispositions légales en vigueur, qui, en cas de divergences d'interprétation éventuelle, font seules foi.

Pour toute information complémentaire, le lecteur pourra s'enquérir auprès de la Chambre de travail et des organismes cités en annexe de la présente publication.

Brochure
disponible à la CEP·L
Rentrée des cours du soir
le 30 septembre



En vente
en kiosque

Prix: 4 €

Chambre des
Employés Privés

■ 13, rue de Bragance
L-1255 Luxembourg
tél: 44 40 91-600
fax: 44 40 91-650
formation@cepl.lu
www.cepl.lu

Les cours du soir d'automne 2002

Le "dialogue Formation" de septembre 2002 présente l'ensemble des cours du soir offerts par la Chambre des Employés Privés.

Pour l'automne 2002 l'offre comporte de nombreuses nouveautés et se situe ainsi dans la lignée des efforts permanents que notre Chambre investit dans la formation continue des employés privés.

Parmi les nouveautés, il convient de souligner tout spécialement que les modules du profil "L'utilisateur bureautique" seront progressivement offerts trois fois par an au lieu de la formule semestrielle traditionnelle.

Au-delà, trois nouveaux profils sont proposés:

- Le réalisateur en bases de données Access
- Le qualifié en économie
- Le qualifié en communication interpersonnelle

Tous ces profils ont été meublés de nouveaux modules, tout comme de modules nouveaux ont également été ajoutés dans d'autres profils.

Le choix des participants quant au moment de suivre les cours s'en trouve ainsi accru tout comme la possibilité d'accélérer le suivi des cours.

Les élus de l'OGB.L au sein de l'Assemblée Plénière 1998-2003 (ordre alphabétique) : Demuth Marie-Jeanne, Drews Armand, Fickinger Alain, Gales Fernand, Kratochwil Joseph, Laplanche Jean-Paul, Nieves Danièle, Paulus Yvette, Reding Jean-Claude, Sannipoli Marie-Thérèse, Schott Fernand, Thomas Marianne

La réforme des pensions 2002

Le premier numéro du "dialogue thématique" publié par la CEP.L est entièrement consacré à la présentation des structures des régimes de pension du secteur privé. Ce faisant il tient compte des modifications apportées par les réformes de l'assurance pension de juillet 2002 entérinant les conclusions du "Rentendësch".

La publication présente notamment les deux innovations majeures que constituent l'introduction de l'augmentation échelonnée du taux de majoration proportionnelle et la création d'un forfait d'éducation. Les textes sont accompagnés d'exemples chiffrés établis à l'indice 605,61 du coût de la vie.

De même, le dialogue présente la nouvelle procédure en vigueur pour l'obtention de la pension d'invalidité comportant notamment la réinsertion professionnelle des travailleurs à capacité de travail réduite.

Le dialogue thématique intitulé "La réforme des pensions 2002" est en vente en kiosque.

I Sécurité et santé au travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue
25.10.2002	Alkohol am Arbeitsplatz		A / L
06 – 07.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	I	L / A
14 – 15.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	II	L / A
18 – 19.11.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	I	L / A
02 – 03.12.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	L / A

II Syndicalisme et représentation des travailleurs

15 – 16.10.2002	Le syndicalisme Qu'est-ce qu'un syndicat? A quoi peut-il servir?		F
29.10.2002	Gender Training für Personaldelegierte	II	A
30.10.2002	Genre - Gender Training pour les délégués du personnel	II	F
06 – 07.11.2002	La préparation aux élections sociales		F
28 – 29.11.2002	La préparation aux élections sociales		F
05 – 06.12.2002	La communication syndicale au sein de l'entreprise		F

III Economie

19 – 20.12.2002	La mondialisation de l'économie		F
-----------------	---------------------------------	--	---

IV Développement de la personnalité

19 – 20.09.2002	Techniques de réunion - Développer un projet syndical	III	F
03 – 04.10.2002	Perfectionnement aux techniques de négociation	III	F
29 – 30.10.2002	Développement de la personnalité	III	F
10 – 11.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	I	L / A
24 – 25.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	II	L / A

V Droit du travail

09 – 10.12.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		A / L
-----------------	---	--	-------

VI Droit social

28 – 29.10.2002	Ce qu'il faut savoir en cas d'incapacité de travail pour cause de maladie et toutes les dispositions avant et après la naissance ou adoption d'un enfant.		A / L
-----------------	---	--	-------

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).

Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).



Formulaire d'inscription

Je soussigné(e) désire m'inscrire au séminaire suivant :

Intitulé du séminaire	Date

Nom Mme , M.

Prénom

Date de naissance Lieu de Naissance

Nationalité

N° Matricule de la sécurité sociale

Profession

Fonction syndicale

Adresse N° Rue

Code postal Localité

Téléphone / GSM e-mail

Nom de l'employeur

Adresse N° Rue

Code postal Localité

Téléphone e-mail Fax

Je demande au secrétariat de l'IFES :

- de solliciter une dispense de service auprès de mon employeur
 de me réserver une chambre de logement de m'inscrire au déjeuner



Prière de cocher la case correspondante

Veuillez renvoyer le formulaire au secrétariat de l'IFES/OGB-L :

12 rue du château, L-5516 Remich Tél: 26 66 13-1 / Fax : 23 69 93 52 / e-mail : ifes@ifes.lu

Date Signature

Mobilisierung zur Stärkung der Rechte der Personalvertreter

Schwieriges wirtschaftliches Umfeld

Die Wiederaufnahme des Sozialdialogs nach der Sommerpause 2002 erfolgt in einem schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Umfeld. Alle Wirtschaftsparameter deuten auf einen Konjunkturrückgang hin, und der Druck auf die Beschäftigung nimmt erneut zu. Nachdem die Arbeitslosigkeit in Europa rückläufig – wenngleich weiterhin hoch – war, besteht nun die Gefahr, dass sie in allen Ländern, einschließlich Luxemburg, wieder ansteigt. Diese Situation ist wesentlich mit der Krise an den Börsen und mit der verantwortungslosen und zum Teil betrügerischen Politik der Großkonzerne verbunden, die eine Vertrauenskrise verursacht haben, die die Investitionsbereitschaft bremst. Dazu kommen noch die Krisen, die bestimmte Regionen wie das südliche Lateinamerika erschüttern, und die schwierige oder sogar katastrophale Lage in den meisten nicht-industrialisierten Ländern. An der aktuellen Lage zeigt sich, wie zutreffend die Analyse der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist. Der IBFG¹, der TUAC² und der EGB³ haben seit dem Frühjahr 2001 Alarm geschlagen und nach dem 11. September 2002 eindringlich ihre Forderungen und Vorschläge wiederholt. Die Gewerkschaftsbewegung hat eine konzertierte Politik des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs, die Einrichtung einer öffentlichen Kontrolle und Regulierung der Aktivitäten der großen Industrie- und Finanzkonzerne der Welt, die Verbesserung statt Privatisierung und Abbau des sozialen Schutzes, soziale Vorschriften für den Weltmarkt sowie eine Regulierung der Finanz- und Börsenaktivitäten gefordert, um Betrügereien und spekulative Ausrutscher zu verhindern. Parallel dazu hat der EGB auf europäischer Ebene eine starke und koordinierte Initiative für neues Wachstum bei gleichzeitiger Beibehaltung der Sozialschutzsysteme und Sicherung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste, die für alle zugänglich sind, als wesentliche Elemente des europäischen sozialen Modells und als Instrumente, die stark zur Förderung der Entwicklung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts beitragen, gefordert.

Die Mobilisierungskampagne des OGB♦L für eine gerechte Umverteilung des produzierten Reichtums, für bessere Sozialleistungen (Kinderzulagen, Leistungen der Krankenkassen, Renten), für eine offensive Lohnpolitik und für eine Stärkung der Gewerkschaftsrechte zur Förderung des sozialen Dialogs und zur Sicherung des sozialen Friedens fügt sich in den Rahmen der von der internationalen Gewerkschaftsbewegung empfohlenen alternativen Politik ein. Diese Aktion hat bekanntermaßen bereits wichtige Ergebnisse gezeigt, wie die Erhöhung der Familienbeihilfen und die Reform des allgemeinen Rentenversicherungssystems.

Bei unserer Tätigkeit in den kommenden Monaten verfolgen wir drei wichtige Ziele:

1) Vollbeschäftigung – nach wie vor ein wichtiges Ziel für den OGB♦L

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird auch in Luxemburg gespannter, und die Arbeitsuchenden haben es gleichermaßen schwerer. In diesem Kontext fällt es dem OGB♦L schwer, jene zu verstehen, die von einem angeblichen Personalmangel reden. Wir verwehren uns auch gegen alle Maßnahmen gegen unsere Vorruhestandsregelung, die darauf abzielen, die Beschäftigungsrate älterer Arbeitnehmer zu erhöhen. Schließlich vertritt der OGB♦L die Ansicht, dass die verschiedenen Instrumente, die der Gesetzgeber auf Empfehlung der "Tripartite" eingeführt hat, beibehalten werden müssen, und dass an der ständigen Verbesserung der Leistungen des Arbeitsamtes gearbeitet werden muss.

In seiner nächsten Sitzung wird sich der "Comité Permanent de l'Emploi" mit der Beschäftigungssituation befassen müssen.

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung ist die Bewertung und Überarbeitung des ersten nationalen Aktionsplans für Beschäftigung von 1998 sowie des diesbezüglichen Gesetzes vom 12. Februar 1999. Derzeit laufen mehrere von der Beobachtungsstelle für die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und für Beschäftigung (ORPE) geforderte Studien zur Vorbereitung der Arbeit des EGB in diesem Bereich. Am 31. Juli laufen eine Reihe von Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Februar 1999 ab, insbesondere jene, die die flexible Organisation der Arbeitszeiten und die Referenzperioden betreffen. Der OGB♦L stellt in diesem Kontext fest, dass diese Bestimmungen der Vertragspolitik in den Unternehmen und Branchen keine neuen Impulse gegeben haben. Vielmehr hat die höhere – und häufig aufgezwungene – Flexibilität den Stress am Arbeitsplatz erhöht. Der Ausgleich in Form einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung mit der Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte konnte nicht realisiert werden, da sich die Arbeitgeber geweigert haben, über eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verhandeln.

Für den OGB♦L ist eine Reform der derzeitigen Gesetzgebung zwingend geboten. Diese Reform muss auf eine Stärkung der kollektiven und unbedingt auf Verhandlungsbasis festgelegten Modelle der flexiblen Organisation der Arbeit ausgerichtet sein. Ebenso ist ein Rahmengesetz für die ausgehandelte Verkürzung der Arbeitszeiten erforderlich.

Darüber hinaus bleibt die Forderung des OGB♦L nach der gesetzlichen Einführung der sechsten bezahlten Urlaubswoche für alle auch im Jahr 2003 nach wie vor aktuell.

Falls das derzeit geltende Gesetz nicht verlängert wird, wird der Elternurlaub zum 31. Juli 2003 automatisch von 6 Monaten auf



Jean-Claude Reding
Generalsekretär

3 Monate verkürzt. Selbst wenn man über bestimmte Modalitäten des Elternurlaubs diskutieren könnte, hat sich der Elternurlaub unserer Ansicht nach bewährt und die derzeitige Dauer des Anspruchs sollte beibehalten werden.

Im Bereich Beschäftigungspolitik steht uns also in den kommenden Monaten viel Arbeit bevor.

2) Weiterführung der Aktion für eine gerechte Verteilung des produzierten Reichtums – der Mindestlohn muss erhöht werden!

Der OGB♦L wird seine offensive Lohnpolitik in den Verhandlungen zu den Kollektivverträgen fortsetzen und sich für die Beibehaltung der automatischen Lohnindexierung einsetzen. Der Nationalvorstand des OGB♦L hat in seiner Sitzung vom 9. September 2002 außerdem die Forderung des OGB♦L nach einer wesentlichen Anhebung des sozialen Mindestlohns zum 1. Januar 2003 nochmals bekräftigt. Diese Anhebung muss zusätzlich zur Anpassung der Renten erfolgen. 16% der Lohnempfänger arbeiten für den Mindestlohn, und dazu kommen noch all jene (und diese Gruppe ist zahlreich), deren Lohn nur knapp über dem Mindestlohn liegt. Angesichts der Lebenshaltungskosten, vor allem der Mietpreise, haben diese Lohnempfänger häufig Schwierigkeiten, mit ihrem Geld auszukommen. Sie laufen Gefahr, beim geringsten Problem, in ernste finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Diese Männer und Frauen arbeiten oft hart und haben ebenfalls Anspruch auf einen gerechten Anteil am produzierten Reichtum. Sie haben nicht vom Senken der Einkommen- und Körperschaftssteuer profitiert. Die gesetzliche Anhebung des Mindestlohns wäre also nur ein Akt sozialer Gerechtigkeit.

3) Stärkung des Gewerkschaftsrechts und der Gesetzgebung für die Personalvertretungen sowie Förderung der Mitbestimmung in den Unternehmen

Der Nationalvorstand des OGB♦L vom 9. September 2002 hat an den Standpunkt der Gewerkschaft in Bezug auf die Reform der Gesetzgebung über die Kollektivverträge und über das nationale Schlichtungsamt erinnert, die zu einer Stärkung der Kollektivvertragspolitik in unserem Land führen soll. Wir warten nun auf den betreffenden Gesetzentwurf.

Ein zweites Thema ist dringend und der OGB♦L ist entschlossen, diesbezüglich mehr Druck auszuüben: Dabei handelt es sich um die Reform der Gesetzgebung über die Personalvertretungen und über die gemischten Betriebsräte. Das Gesetz über die Personalvertretungen stammt aus dem Jahr 1979 und das Gesetz über die gemischten Betriebsräte und die Vertretung der Arbeitnehmer in den Verwaltungsräten aus dem Jahr 1974. Ein Vierteljahrhundert später haben sich die Strukturen und die

Funktionsweise der Unternehmen stark verändert, und die Grenzen und Unzulänglichkeiten dieser Gesetze sind in folgenden Bereichen deutlich geworden:

- ♦ Gewährleistung eines tatsächlichen Rechts auf Unterrichtung, Anhörung und Mitwirkung der Personalvertreter bezüglich der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Lage und Entwicklung eines Unternehmens,
- ♦ Möglichkeit des wirksamen Eingreifens der Personalvertreter bei Umstrukturierung, Veräußerung, Fusion oder Übertragung eines Unternehmens oder eines Unternehmensbereichs,
- ♦ Möglichkeit der effizienten Ausführung der Aufgaben der Vertreter,
- ♦ Gewährleistung des Schutzes der Personalvertreter.

Die derzeit geltende Gesetzgebung muss dringend reformiert werden, um die Rechte und Aktionsmöglichkeiten der Personalvertreter zu stärken und anzupassen. Eine solche Reform ist unabdingbar, um den sozialen Frieden und die guten sozialen Beziehungen in den Unternehmen zu gewährleisten und einen wirksamen sozialen Dialog zu ermöglichen.

Die detaillierten Vorschläge des OGB♦L wurden auf unserem letzten Kongress vorgestellt. Sie wurden mit dem Arbeitsminister erörtert und der Abgeordnetenversammlung vorgelegt. Seit dem 11. März 2002 besteht auch eine EU-Richtlinie über die Mindestvorschriften für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in den Unternehmen und Betrieben in der Europäischen Union. Diese Richtlinie muss in nationales Recht umgesetzt werden und bedingt eine Verbesserung unserer Gesetzgebung im Sinne unserer Vorschläge.

Wir stehen jetzt ein Jahr vor den Sozialwahlen und knapp zwei Jahre vor den Parlamentswahlen. Die Zeit drängt, Gesetze zu erlassen. Für den OGB♦L handelt es sich hierbei um ein vorrangiges Anliegen. Als erste Maßnahme zur Unterstreichung unserer Entschlossenheit veranstalten wir am 22. Oktober, um 17 Uhr, vor der Abgeordnetenversammlung eine Gewerkschaftsversammlung. Falls erforderlich werden weitere Aktionen folgen!

¹ Internationaler Bund Freier Gewerkschaften

² Trade Union Advisory Committee

³ Europäischer Gewerkschaftsbund

MILITARES E EX-MILITARES Estivémos na Assembleia da República Mais de 10 mil assinaturas para exigir contagem do tempo de serviço militar

Representantes das Comissões do Luxemburgo e de França do Movimento pelo Direito à Reforma dos ex-militares portugueses estiveram reunidos com o Presidente da Assembleia da República, Dr. Mota Amaral, a quem entregaram mais de 10.500 assinaturas exigindo a contagem do tempo de serviço militar em todas as circunstâncias. A delegação foi constituída por Eduardo Dias e Manuel Gomes da Silva, do Luxemburgo e por António Cerqueira, de França.

Alertámos para a situação específica dos emigrantes que não descontaram para a segurança social, quer porque ela não existia no mundo rural donde vieram a maior parte dos militares nos anos 60, quer porque muitos patrões (às vezes o próprio Estado) não efectuaram os respectivos descontos.

Contestámos a Lei nº 9/2002, de 11 de fevereiro, que veio criar novas discriminações e aumentar ainda mais a injustiça entre aqueles que vão ter direito à contagem do tempo de serviço militar e a mais uma bonificação e aqueles que nem sequer têm o direito à simples contagem dos anos cumpridos ao serviço do país.

A Petição será analisada em sede própria e a Assembleia da República deverá pronunciar-se sobre o nosso pedido.

Encontrámo-nos ainda com alguns deputados aos quais pedimos que agissem no sentido de resolver esta questão.

Fomos ao Ministério dos Negócios Estrangeiros onde falámos com Joaquim SANTOS, Adjunto do Secretário de Estado das Comunidades e com Carlos Correia, chefe de Gabinete a quem lembrámos as posições tomadas no passado pelo actual Secretário de Estado, Dr. José Cesário, e as promessas feitas durante a campanha eleitoral pelo PSD que é o actual partido no poder.

Será que é desta vez ?

Fomos informados sobre a criação de uma comissão inter-ministerial formada por elementos da Secretaria de Estado das Comunidades e dos Ministérios da Defesa e da Segurança Social, bem como do Centro Nacional de Pensões e da Caixa Geral de Aposentações.

Esta comissão reuniu pela primeira vez no dia 10 de Setembro e outras reuniões estão já agendadas. De acordo com o Secretário de Estado, a comissão vai ouvir "os representantes dos antigos combatentes no estrangeiro" pelo que esperamos que finalmente a problemática dos emigrantes seja devidamente tida em conta.

Vamos estar atentos e mobilizados. Temos que estar unidos e participar em grande número

na reunião irá ter lugar no Domingo, dia 29 de Setembro, às 10 horas, no salão de festas da Maison du Peuple (restaurante Bairrada), em Esch/Alzette.

Irão estar presentes deputados da Emigração, o Cônsul-geral de Portugal, a Conselheira Social, representantes das associações de ex-militares de Portugal e de França.

E preciso que todos saibam o que se faz e não se faz. Quem vos defende e vos apoia.

Não fiquem em casa, estão em causa os vossos direitos!

Eduardo Dias



PELO DIREITO À REFORMA DOS EX-MILITARES

**Reunião de informação e esclarecimento
Domingo, dia 29 de Setembro
ESCH/ALZETTE**

Queremos a contagem de todo o tempo de serviço militar e não apenas aquele que foi feito em **algumas ex-colónias** e só para aqueles que já eram subscritores da segurança social. Não nos vamos calar, **NÃO DESISTIMOS** e vamos continuar a insistir e a pressionar.

Vamos fazer uma reunião de informação para esclarecer todos os interessados sobre as iniciativas que tomámos, os encontros que tivemos, o que nos foi dito e o que é que nós achamos que deve ser feito.

**no Domingo, dia 29 de Setembro, pelas 10 Horas
na Sala de Festas
do Restaurante Bairrada (Maison du Peuple)
62, Bld Kennedy
em Esch/ALZETTE
(em frente à estação dos CFL e ao lado da OGB•L)**

Pedimos a todos os ex-militares para participarem nesta reunião.

Contamos convosco!

PS.: Serão convidados a participar nesta reunião todos os grupos parlamentares, os membros do governo responsáveis por esta matéria, o Senhor Embaixador de Portugal, o Senhor Cônsul-Geral e a Senhora Conselheira Social

Campagne de l'ASTI :

“ Migrations : les enjeux ! Défis pour l'économie et la cohésion sociale ”

Participez au colloque les 18 et 19 octobre 2002 !

1^{ère} journée : le marché du travail

2^e journée : la cohésion sociale

Le déroulement du colloque

Le colloque scientifique rassemblera les acteurs de la vie économique, civile et politique du Grand-Duché de Luxembourg et positionnera les questions d'ordre économique et social liées aux migrations dans leur contexte international, celui de la Grande Région et du Luxembourg.

Pour favoriser le débat critique, orienter et animer les discussions, des discutants défendront à la suite des exposés des positions différentes de celles des intervenants principaux. Des ateliers thématiques (work-

shops) donneront à un nombre de participants plus restreint la possibilité de développer en profondeur certains thèmes plus spécifiques et pratiques : l'économie régionale, les frontaliers, la sécurité sociale, les finances publiques, la démographie, la demande et l'offre de la main d'œuvre dans divers secteurs.

Prix d'inscription :

20 Euros par adulte et par jour
10 Euros pour les moins de 25 ans par jour

CCPL de l'ASTI : 65296-15
(mention participation colloque)

Pour toute information supplémentaire : **www.asti.lu**
ensemble@asti.lu
tél : 438333

L'ASTI vous informe que ses permanences sociales pour non-communautaires (autorisation de séjour, permis de travail, études, visas, etc) vont reprendre le 16.09.2002 selon les horaires suivants:

- Lundi de 8.00 - 12.00 h
- Mardi de 17.00 - 20.00 h
- Jeudi de 14.00 - 17.00 h

Les permanences par téléphone se font :

du lundi au vendredi
de 10.00 à 12.00 heures
au numéro 43 83 33

ASTI asbl
10-12 rue Auguste Laval
L-1922 Luxembourg

OGB♦L -

Section Luxembourg

Vendredi, le 18 octobre 2002

Hierschtbal

Café-Auberge "Beim Lou" à Bettembourg

Orchestre: Ni-Doheem

Super-Tombola

Caisse: 20.00 heures

Nuit blanche

OGB♦L - Section Differdange et Section d'Entreprise

ProfilArbed Differdange

Soirée culturelle

"60 Joër nom Streik: Déifferdäng erënnert sech"

vendredi, le 4 octobre 2002

à 19.00 heures à la Salle 3
du Hall Omnisport à Obercorn

Rentnerabteilung Regionale Düdelingen Osten

2. Herbstfahrt (Tagesausflug)

gegen Ende der Weinlese

nach Schweich-Trier

mit der "Princesse Marie-Astrid"

Donnerstag, 24. Oktober 2002

Programm: Besuch der Sektkellerei
Bernard-Massard in Grevenmacher,
Mittagessen auf dem Schiff (zwei Menüs
zur Auswahl*), freier Aufenthalt in Trier

Kostenbeitrag. 50.- € pro Person

Anmeldung bis spätestens den 15.10.02.
durch Überweisung des Kostenbeitrags auf
das CCP 195528/73 (Armand Petesch)
mit dem Vermerk "Marie-Astrid -
Menü 1 oder Menü II

(* Menü I: Fine crème de légumes, rôti de veau
Orloff, tarte Grand-Mère, glace vanille
Menü II: Fine crème de légumes, jambon de porcelet
à l'ancienne, tarte Grand-Mère, glace vanille

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB♦L : John Castegnar

60, bd. J.F. Kennedy ♦ B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique :

Yvon Moinet ♦ FOY 13 B ♦ B-6600 Bastogne

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction.

La rédaction se réserve le droit d'abrégier les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu

Koordination: Maguy Baasch - maguy.baasch@ogb-l.lu

Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz



Commemoration du 60^e anniversaire de la Grève Générale à Esch/Alzette en présence de Leurs Altesses Royales



HIERSCHTFEST

A N D E K R O M L E N G T E N

Sonndeg, den 13. Oktober 2002



Organiséiert vun:
Amis des ATW a.s.b.l.

Gratis Animatioun fir Kanner

vun 11 Auer un

Vu 14.00 Auer un

"Danz- a Frisurespektakel"

mam Grupp "Danse Elancée" vu Schëffleng.

Moudedéfilé fir Grouss a Kleng.

Um 17.00 Auer

Vernissage vun der Ausstellung

"Tout en peignant je respire"

aus dem Konschtatelier vum CHNP

Concert Apéro mat der Harmonie Walfer

Mëttegiessen

Kaffisstuff

Schampesbar

Porte-Ouverte

Tombola

90b, rue de l'Église
L-7224, Walferdange
Tél: 33 33 4741



Rentrée sociale Lancement de la 2e campagne de mobilisation

John Castegnaro
Président



Fidèle à la tradition, l'OGB♦L a été le premier syndicat luxembourgeois à sonner la rentrée sociale. Le comité national s'est réuni le 9 septembre pour faire la rétrospective des succès de la campagne de mobilisation en faveur d'une "redistribution équitable". Mais il a également dressé le bilan des problèmes et questions d'actualité et défini les priorités et les points forts de l'action syndicale pour les mois à venir. Les débats ont ainsi porté sur de nouveaux domaines thématiques touchant directement ou indirectement les travailleurs et leurs familles.

Environnement complexe

Certes, l'OGB♦L sait qu'il n'agit pas en vase clos. Nous avons pleine conscience que notre action et notre travail syndical s'inscrivent dans un environnement national, européen et international. Le monde est politiquement, économiquement et socialement plus complexe que jamais. Le sommet sur le développement durable qui s'est tenu en Afrique du sud a démontré une fois de plus l'ampleur de la misère et de la pauvreté dans lesquelles une grande partie de la population mondiale tente de survivre. Il a également mis en lumière les nombreux risques auxquels nous sommes exposés dans nos sociétés fortement industrialisées, riches et prospères. Mais rien, toujours rien ne permet d'entrevoir un sursaut de conscience et le passage indispensable à l'action politique et économique. Au nom de la lutte contre le terrorisme, la perspective d'une attaque contre l'Irak résume à l'évidence les priorités de la plus grande puissance économique mondiale, les Etats-Unis. Les conséquences humaines, sociales et économiques d'une telle guerre sont difficilement calculables, mais il est certain que l'on pourrait alors parler d'une nouvelle catastrophe. Il existe certainement d'autres méthodes et d'autres priorités, discutées et retenues lors du sommet en Afrique du Sud, et qui se basent sur une politique de répartition équitable des richesses et sur une stratégie environnementale ciblée.

Depuis quelques jours, les bourses et les marchés financiers reprennent espoir, mais cette embellie ne profite presque exclusivement qu'aux actions de l'industrie de l'armement et s'inscrit dans le contexte d'une possible guerre en Irak, de la situation en Afghanistan ou des conflits qui opposent Palestiniens et Israéliens. Triste réalité ! On a presque déjà oublié les banqueroutes frauduleuses de grandes sociétés américaines, qui ont coûté leur travail, leur salaire et leurs droits à la retraite à des dizaines de milliers de travailleurs !

Lutter pour l'avenir

Au-delà de cette analyse de la situation, l'OGB♦L s'est attelé prioritairement à définir l'avenir du pays dans tous les domaines, y compris dans le contexte des débats politiques et sociopolitiques au sein de l'Union européenne au sujet de son élargissement. Nous sommes des Européens convaincus, mais pas au point d'acquiescer à toute argumentation des responsables politiques ou des bureaucrates de Bruxelles. Le Luxembourg possède ses spécificités propres et sa culture sociale. Il faut en assurer la continuité, les consolider et les développer, comme nous le permettent les excellentes capacités financières du pays. Nous dénonçons surtout les conditions posées par la Grande-Bretagne. L'OGB♦L demande la mise en place ciblée et prioritaire du grand espace financier. Ceci vaut pour l'ensemble des domaines déterminant la qualité de vie de tout un chacun dans le pays : qu'il soit vieux ou jeune, qu'il soit chômeur ou travailleur. Si le Luxembourg veut, à l'avenir aussi, maintenir un taux d'emploi élevé et se donner les moyens de réaliser le plein emploi, il lui faut enfin lancer les "débat sur l'avenir du pays" et investir dans une politique d'éducation et de formation offensive. Mais ce n'est pas tout : l'organisation du secteur de la santé doit être repensée et le secteur social doit être développé et amélioré en continu. Dans ce contexte, il est scandaleux que le centre de réanimation ne soit toujours pas construit, tout comme est scan-

daleux le manque de place dans les maisons de gérontologie et dans les hôpitaux, dans les jardins d'enfants et dans le secteur du logement au Luxembourg.

Plus de démocratie au travail

L'OGB♦L a fait de la modernisation de lois importantes une priorité de politique sociale. Ces lois doivent permettre, globalement, de sauvegarder l'emploi, d'améliorer la qualité de vie sur le lieu de travail et d'organiser de façon plus juste et plus équitable la participation des travailleurs aux résultats de l'entreprise. Des lois modernes, des conventions collectives de qualité, les meilleurs représentants du personnel et un syndicat fort sont ici autant d'éléments déterminants. C'est pourquoi l'OGB♦L réclame depuis des années des réformes précises. C'est pourquoi, aussi, notre impatience grandit. Près d'un an avant les élections sociales et 21 mois avant les élections législatives, énormément reste à faire. Le Luxembourg est à la traîne de tous les pays en matière de modernisation du droit du travail. Les éternels reports et ajournements ne sont donc pas une question de détérioration de la capacité concurrentielle, ni une question de financement, car la modernisation que nous réclamons ne sera pas onéreuse. Notre patience est à bout et nous exprimons notre ras-le-bol dans une deuxième campagne de mobilisation, axée sur les entreprises, par ordre de notre congrès de décembre 1999. Le 22 octobre, devant le Parlement, la première phase sera clôturée. D'autres actions suivront.

Nous voulons des résultats concrets et sommes prêts à lutter pour les obtenir.

2002 Festa dell'Unità

4, 5 et 6 octobre

Parc Municipal «Galgenberg» Esch-sur-Alzette

organisée
par:



Circolo
Amici
dell'
Unità et

NOGB•L

Sous le Haut Patronage de la Ville d'Esch-sur-Alzette

Sponsoring:  **LUX-POST**

Vendredi 4 octobre

- 18h00 Ouverture officielle de la Fête en présence des autorités et des invités
- 20h00 Repas Gastronomique proposé par « l'Auberge Royale »
et le chef cuisinier Renato FAVARO d'Esch-sur-Alzette
(réservation souhaitée au 49 17 50 tous les jours à partir de 17h00
sauf le dimanche)
Avec la participation extraordinaire du groupe « La Tuna de Luxemburgo »
Animation musicale par l'orchestre « Mino & Edy » et la chanteuse « Lisa »
Prestation musicale de « Raquel Barreira »
Nuit blanche, entrée libre
(pour le repas gastronomique informations et réservations au 49 17 50 tous les jours
après 17h00, sauf le dimanche)

Samedi 5 octobre

- 12h00 Ouverture de la Fête avec ses stands gastronomiques et ses stands d'information
Jeux pour enfants pendant l'après-midi, stands d'information, expositions
- 16h30 Débat sur le thème :
Pour une nouvelle démocratie au Luxembourg : quelle participation des étrangers ?
- 20h.00 Grand Bal animé par l'orchestre « The News Jaguars »
Nuit blanche, gastronomie italienne
Entrée : 5 Euros

Dimanche 6 octobre

- 12h00 Ouverture de la Fête avec ses stands gastronomiques et ses stands d'information
Jeux pour enfants pendant l'après-midi, stands d'information, expositions
Spectacles de folklore
- 20h00 Grand Bal animé par l'orchestre « Mino & Edy » et la chanteuse « Lisa »
Entrée 5 Euros

Pendant les trois jours stands d'information, expositions, gastronomie, musique, concerts, folklore,
tombola, jeux pour enfants, débats

Chienne de Vie



"FRONTALIER... RAUS!"

Nous allons avoir encore la preuve ci-après que lorsque l'on parle de droits pour des travailleurs frontaliers, il est difficile de faire admettre aux organismes luxembourgeois que le problème de résidence ne doit plus faire obstacle à l'attribution des droits en question, de telles situations étant contraires à l'esprit du Traité de Rome, modifié par le Traité d'Amsterdam.

Monsieur D. Jorge a obtenu en décembre 1996 le statut de travailleur handicapé suite à un accident du travail dont il a été victime au Luxembourg.

Le service des travailleurs handicapés de l'ADEM, agence Esch/Alzette, a été saisi du dossier de ce frontalier en juillet 2002 en vue d'assurer sa reconversion. Un entretien initialement fixé au 28.11.1996 a été annulé par les services de l'ADEM et ce dernier a eu lieu le 09.04.1997 au centre de formation professionnelle continue en vue de son stage de préorientation.

Cet entretien préalable n'étant suivi d'aucun effet, cette personne se voit contrainte de relancer elle-même l'ADEM en juin 2000. L'OGB♦L en septembre 2000 intervient également auprès de l'ADEM pour obtenir une réponse. Réponse positive de la part de cette administration qui invite notre affilié à se présenter au service des travailleurs handicapés de l'ADEM, agence Esch/Alzette, en vue de l'instruction d'une nouvelle mesure de réintégration professionnelle pour travailleur handicapé par la commission d'orientation et de reclassement professionnel.

Malgré plusieurs interventions de la part de l'OGB♦L pour obtenir le respect des engagements pris par l'ADEM, le dossier en question a du être transmis à un avocat chargé de débloquer la situation afin d'obtenir la réintégration professionnelle promise.

Après une intervention écrite et « musclée » de la part de cet avocat en date du 25 avril 2002, notre adhérent s'est vu notifier le 2 mai 2002 un courrier l'invitant à se présenter à un entretien d'encadrement auprès du service des travailleurs handicapés de l'administration de l'emploi. Lors de cet entretien, un stage de préorientation de 8 à 12 semaines lui a été proposé pour la fin juin.

Enfin, l'ADEM semblait avoir pris en charge ce travailleur frontalier en vue de sa reconversion professionnelle.

« Victoire » de courte durée, puisque l'administration de l'emploi pour contourner une nouvelle fois ses obligations a, en date du 2 juillet 2002, notifié à notre affilié une décision de retrait de la reconnaissance de sa qualité de travailleur handicapé, aux motifs qu'il ne travaillait plus auprès d'une entreprise légalement établie sur le territoire luxembourgeois depuis le 16 février 1996 et qu'il n'était plus considéré comme invalide au sens de l'article 187 du code des assurances sociales depuis le 1er mars 1999.

Décision scandaleuse !

En effet, la première demande de notre membre pour une reconversion professionnelle date de 1996.

C'est un peu trop facile de jeter comme un vulgaire kleenex un travailleur dont le handicap fait suite à un accident du travail au Luxembourg et qui n'a cessé depuis 1996 de demander une reconversion professionnelle qui lui a été toujours refusée parce qu'il est frontalier.

Frontalier... Raus !

Drôle de conception de l'intégration.

L'avocat mandaté par l'OGB♦L a, bien entendu, fait appel de cette décision en date du 9 août 2002.

Espérons que....

Philippe Manenti

Fonds d'Education de l'OGB♦L

Subvention pour études universitaires

Le Comité National de l'OGB♦L met à disposition un crédit de plus de 50.000€ pour les bourses de l'année scolaire 2002/2003 destinées aux enfants des membres de l'OGB♦L qui font des études universitaires. Cette somme sera distribuée d'une façon égale à tous les candidats qui remplissent les conditions du règlement et qui sont retenus par la commission de l'OGB♦L.

**Dernier délai pour
le renvoi de la demande:
15 décembre 2002**

Règlement:

- 1) Le Fonds d'Education de l'OGB♦L a pour but de subventionner - par l'octroi d'une bourse annuelle - les études universitaires des enfants des membres de l'OGB♦L.
- 2) Une bourse peut être accordée pour toutes les études poursuivies dans les écoles d'Etat ou reconnues comme telles à caractère universitaire. Les cours par correspondance ou les cours du soir ne seront pas pris en considération.
- 3) Les enfants des membres de l'OGB♦L peuvent obtenir une bourse si le membre a adhéré au syndicat avant ses 25 ans ou s'il y est affilié depuis au moins 20 ans. En outre le membre doit avoir payé dans les 5 ans qui précèdent la

- demande la cotisation prévue par les statuts de l'OGB♦L. En cas de décès du membre, il sera tenu compte des années écoulées depuis sa mort, sous condition que sa veuve ait continué l'affiliation.
- 4) Pour le Fonds d'Education sont considérés comme enfants:
 - a) les enfants légitimes
 - b) les enfants reconnus à l'état civil
 - c) les enfants placés dès leur jeune âge, sous la tutelle d'un membre de l'OGB♦L
 - d) les enfants d'un premier mariage du conjoint d'un membre de l'OGB♦L, pour autant qu'ils vivent sous son toit et qu'ils soient en grande partie à sa charge.
 - 5) Si un membre a été repris d'un autre syndicat, il sera tenu compte des années pendant lesquelles il en a été membre. Toutefois, ce membre devra faire partie de l'OGB♦L même pendant cinq ans au minimum.
 - 6) L'étudiant/e qui passe lui/elle-même la demande doit être membre de l'OGB♦L depuis au moins 5 ans.
 - 7) Les bourses seront attribuées par une commission nommée par le comité exécutif. En cas de refus par la commission, le comité exécutif décidera en dernière instance. Le comité national de l'OGB♦L fixera annuellement le montant de la bourse accordée.
 - 8) Il ne sera accordé aucune bourse pour les années scolaires doublées.
 - 9) Les demandes pour l'octroi d'une bourse devront être présentées pour le **15 décembre** au plus tard de l'année scolaire.
- Sont à joindre à la demande:
1. Une copie du diplôme de maturité requis;
 2. Une attestation de l'immatriculation par l'école choisie;
 3. Le cas échéant, les certificats des examens déjà passés à l'école supérieure, ainsi que des périodes de stages déjà effectuées.
 4. Une attestation de réussite de l'année scolaire.

Concerne : Demande en obtention d'une subvention pour études universitaires ou similaires allouée par l'OGB♦L

A renvoyer à : OGB♦L
c/o Mme Marie-Thérèse SANNIPOLI
B.P. 149
L-4002 ESCH/ALZETTE

Madame,

Par la présente,

le/la soussigné(e) _____

né(e) le _____ domicilié(e) à _____

code postal _____ rue et numéro _____

matricule OGB♦L _____ Date d'entrée _____

Autres affiliations: _____

sollicite auprès de l'OGB♦L un subside pour

son fils/sa fille _____

qui fréquente l' _____

pour y accomplir des études de _____

où il/elle est inscrite(e) depuis: _____

Une subvention de l'OGB♦L a déjà été versée pour l'(es) année(s)

Dans l'attente d'une réponse favorable, je vous prie d'agréer, Madame, mes salutations syndicales.

Signature

PAÏSCHT- CROISIÈRE

vum 24.05. bis 01.06.03

EUROPEAN VISION



Innenkabine* ab € / Pers. **1.190.-**

Aussenkabine* ab € / Pers. **1.450.-**

*Frühbucherpreis bis 20.11.02

Kinder (2-17 J.) € **260.-**

Busreise ab/bis Luxemburg und Trinkgelder inklusive

REVUE

Venedig • Dubrovnik • Korfu • Santorini
Rhodos • Kreta • Venedig



Extra-Unterhaltung an Bord:

Rosanna Rocci, Michael Morgan,

Mary Roos, Leonard,

Fausti, Awacs, Erny Delosch,

Modern Talking Double Show,

Georges Christen,

Jochen Pützenbacher,

The Musketeers, Dan Spogen...

Voyages ATOL City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

SAC À MAIN	▼	BOISSON	▼	BAFOUILLE	▼	MISSIVE	▼	UNION DES ROUES
SERPENT		ENTAILLES		FEMME		RÈGLE	4	
▶	5	▼		▼	2	▼		▼
MÂT	▶						8	
VIN ITALIEN								ARMES
▶								
DANS	▶		ARGON	▶	6	BRADYPE	▶	▼
FAUX MARBRE			LUTTE			PONCTUEL		
▶			▼	VAGUE	▶	▼	9	
				INTÉRIEUR DE BAGUETTE				
CHEMIN DE FER	▶			3	BLASON	▶		
RÉUNIONS PUBLIQUES					PETIT			
▶		10			▼			TENTERA
LANGUE DES TROUBADOURS	MARQUE	▶			7		BIEN-HEUREUSE	▼
	VIGNOBLE							
▶	▼	RECUEIL DE BONS MOTS		CÉRÉALES	▶		▼	
				FERRURES				
NOTE	▶	▼	FILM	▶	▼			
PRENEUR DE PARIS			NÉGATION					
▶			▼		1			
CAPUCINS	▶				ROUE	▶		

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 réveil électrique
- 2^e prix : 1 radio
- 3^e prix : 1 calculatrice

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 14 octobre 2002 à :

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P. 149
L-4002 Esch/Alzette

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

IV/77 © HACHEL INT

O	A	B	D																
F	R	A	N	G	L	A	I	S											
P	H	A	L	A	N	G	E												
C	A	U	R	I	S	O	N												
I	R	S	E	A	N	T													
C	L	I	S	S	E	S	I												
L	E	V	E	S	E	M													
R	A	A	R	R	E	T	E												
G	U	S	A	N	O	N													
L	E	N	T	E	M	E	N	T											
T	I	R	E	N	A														
T	R	E	K	S	T	E	L												
F	L	A	C	U	R	E													



8
 ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

Découvrez les 8 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 8 differences between the two drawings

Encontre las 8 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 8 Punkten. Welche ?

07-08/2002 - Solution : SAGITTAIRE

Danièle Locatelli, Volmerange-les-Mines (F), 1^{er} prix
 Gérard Dumont, Arlon (B), 2^{ème} prix
 Romain Hansen, Ettelbruck (L), 3^{ème} prix

KREUZWORTRÄTSEL

ur- sprün- glicher Wald	Strom durch Frank- reich	Vorliebe, Schwe- dche	3	zusam- men- zählen		altes dt. Karten- spiel		nord- amerika- nischer Indianer		Frauen- kurz- name		add- amerika- nischer Alligator	edert, sauber
						Ein- siede- tel			7				
zu Ende, beendet		Auf- näher, Aufstie- gsdichter		Falten- wurf			1					sch- wedische Insel	2
						Aktion				Fremd- wortteil: Million		englisch: von, aus	
6hal- tiges Gewürz			5					lager- loser Fuß- boden		Schön- heits- fehler			10
				ein Nage- tier		jeman- dem Achtung erweisen					8	spani- sches Reis- gericht	
Wain- stock	Deck- name		Süd- deut- scher		6				Ab- wasser- rinne		dalmä- tische Insel		
belkon- artiger Vorbau						ein Bette		Gewähr- mann					
span. Doppel- konso- nant			Rufname von Grovers † 1967			also (jehrk.)				ermü- dend		4	Spezies
aufge- weckt		Tempe- ratur- maß								herab- sieht, spän- ig	Vorläufer der EU		sch- liches Pflanz- wort
				Mede- droge (Abk.)		9		Führer dt. Fuß- baller (Diva)					
Web- kamp- fgewinn						Festfel- nehmer, WP							

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Die Buchstaben der Felder 1 bis 10 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

- | | |
|----------|-----------------------|
| 1. Preis | 1 elektrischer Wecker |
| 2. Preis | 1 Radio |
| 3. Preis | 1 Rechenmaschine |

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 14. Oktober 2002 an:

OGB♦L-Pressabteilung

Postfach 149

L-4002 Esch/Alzette

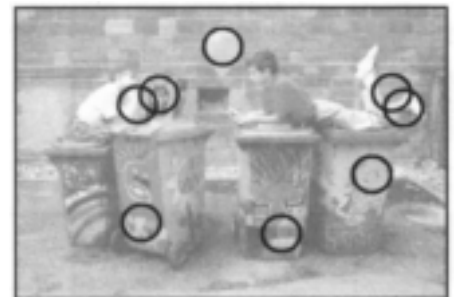
Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

ERREURS
FEHLER
DIFFERENCES
DIFERENCIAS

SOLUTION
AUFLÖSUNG
ANSWER
SOLUCIÓN



URLAUB

07-08/2002 Lösung Kreuzworträtsel: URLAUB

Roger Mayer, Medernach
Denise Steinhäuser, Junglinster
Josée Hoschette, Bascharage

1. Preis
2. Preis
3. Preis

SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Moinet Yvon		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-20

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * Centre Socioculturel (M.J.C.) (1^{er} étage)
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+
Fax: (0033) 3 82 50 32 53
Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs
* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51
Lundi: 16.00 - 17.00 hrs
Jeudi: 14.30 - 16.00 hrs
* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville
(bureau de l'union locale CGT)
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon
Tél.: (0032) 63 23 00 50
Fax: (0032) 63 22 64 32
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV
* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne
Tél.: (0032) 61 21 19 87
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen
Wolfgang Schnarrbach
Tél.: (0049) 6527 - 12 79
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des conseillers EURES
Sprechstunden der EURES-Berater



- de l'EURES PED:
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülelingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Terça-Feira 14h30 - 18h00